

# Buchbinder-Zeitung

Erste Ausgabe Sonnabends.  
Abonnementpreis 1,00 Mark pro Quartal zzgl. Postgeb. Bestellungen nehmen an alle Postämter, sowie die Expedition, Berlin S. 53, Nollbuserdamm 23 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate  
Pro vierstellige Zeitspalt 30 Pf. Stelleneinladung 20 Pf. für Verhandlungsmittel 10 Pf. Beiratsangelegenheiten 10 Pf. Privatangelegenheiten 10 Pf. Beiratsangelegenheiten 10 Pf. Beiratsangelegenheiten 10 Pf.

Nr. 32.

Berlin, den 10. August 1907.

23. Jahrgang.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die Mitte Juni ausgegebenen Fragebogen: „Agitation unter Heimerschaftliche Vereinigungen in unserer Berufe“ betreffend, sind von vielen Zahlstellen und Gauvorständen noch nicht zurückgeliefert.

Wir bitten deshalb dringend, soweit solches noch nicht geschehen, die Fragebogen nunmehr schleunigst ausfüllen und spätestens bis zum 17. August an uns einzusenden zu wollen.

2. Da im Laufe dieses Monats ein neues Adressenverzeichnis herausgegeben werden soll, ersuchen wir die Bevollmächtigten dringend, uns die notwendigen Angaben über Adressen und Minimallohne bis spätestens den 20. August einzusenden zu wollen. Um eine größere Gleichmäßigkeit im Adressenverzeichnis zu erzielen, versenden wir gleichzeitig einen diesbezüglichen Fragebogen, den wir ausgefüllt von allen Zahlstellen und Gauvorständen zurückerbitten.

3. Nachstehend aufgeführte Mitgliedsbücher bezüg. Karten sind den Inhabern abhanden gekommen. Dieselben werden deshalb für ungültig erklärt und sind bei eventuellem Vorgehen einzuziehen und an uns einzusenden.

Nr.	576 ausgestellt für	Adolf Vemser
6 362	„	Eduard Schröder
8 420	„	Heinrich Jörn
9 165	„	Ceslaus Wojczak
9 199	„	A. Schildknecht
14 065	„	Julius Mielle
14 296	„	Elsa Klempt
16 239	„	Gertrud Driemel
16 753	„	Franz Pusch
17 784	„	Marta Krüger
17 823	„	William Hoffmann
18 658	„	Max Krüch
20 824	„	Babette Heider
23 021	„	Bruno Wittke
43 620	„	August Erbacher
44 489	„	Max Diebe
49 734	„	Anna Herling
50 872	„	Antonie Stüwert
52 404	„	Fritz Barfowsky
58 295	„	Georg Heller
58 661	„	Hermann Clotta
60 178	„	Wilhelm Becht
60 196	„	Maria Kirchgäßner
60 496	„	Max Fünner
60 578	„	Josef Wittenauer
61 017	„	Anton Adorf
61 054	„	Ludwig Maurer
61 988	„	Robert Lang
62 481	„	Richard Seiler
63 574	„	Paul Seemann
67 212	„	Elsa Krause
67 354	„	Berta Frühauß

4. Um Irrtümer im Kleben der Beitragsmarken zu vermeiden, wolle man beachten, daß für die Woche vom 18.—24. August das mit der Ziffer 34 bezeichnete Beitragsfeld im Mitgliedsbuch oder -Karte zu bekleben ist. Der Beitrag ist nicht nachträglich, sondern im Voraus zu entrichten.

Der Verbandsvorstand.  
S. A.: Nollb.

## Invalidenkarten als schwarze Listen.

Nach den bei der Schaffung des Invaliditätsversicherungsgesetzes zutage getretenen Absichten sollte die Quittungskarte niemals eine andere Bedeutung haben als die eines Nachweises über die Dauer der Beschäftigung und den Berufszweig, in dem dieselbe stattfand, ein Nachweis, der ausschließlich für die Zwecke der Invalidenversicherung dienen sollte. Durch den Zwang, der im § 139 des Gesetzes auf die sofortige Herausgabe der Karte beim Arbeitswechsel gesetzt ist, sollte vermieden werden, daß dieselbe widerrechtlich zurückgehalten und zu Professionszwecken Verwendung findet. Neuerdings haben aber die aussperrungslustigen Berliner Bauproben trotz der anscheinend vorsorglichen Gesetzesbestimmung herausgestellt, daß die Karten auch noch dem Zweck nutzbar gemacht werden können, für die ausgesperrten Arbeiter zu einem Uriaßbrief zu werden, durch den sie auf die einfachste und bequemste Art als Ausgesperrte zu bezeichnen sind. In dem gegenwärtig noch tobenden Kampf der Berliner Bauarbeiter gegen die Bauunternehmer haben die letzteren eine öffentliche Erklärung vom Stapel gelassen und darin die Bitte ausgesprochen, keine aus dem sogen. Streikgebiet kommenden Leute einzustellen, oder, falls dies in Unkenntnis der Sachlage bereits geschehen sein sollte, sie sofort zu entlassen. Der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe schloß sich diesem Ersuchen an und bemerkt hierzu, daß die Herstellung und Verwendung so umfangreicher Listen, wie sie für den vorliegenden Fall erforderlich sein würde, sich nicht ermöglichen läßt und auch nicht notwendig erscheint, weil die Herkunft der Leute an der Hand der Quittungskarten für die Invalidenversicherung geprüft werden kann.

Es wurde empfohlen, alle Leute, in deren Quittungskarten sich Marken der Versicherungsanstalten Berlin und Brandenburg für einige bestimmte Wochen vor Ausbruch des Streiks gefleht vorfinden, als in Berlin ausgesperrte Arbeitnehmer anzusehen und von der Beschäftigung auszuschließen. — Daß diese Anforderung ihren Zweck erfüllen kann, ist ohne weiteres zuzugeben, wenn die Bauunternehmer danach sehen wollen. Es ist freilich die Ansicht nicht von der Hand zu weisen, daß von den Arbeitgebern manche froh sein werden, vorübergehend tüchtige Arbeitskräfte zu finden. Bei dem seit Jahren herrschenden Arbeitermangel im Baugewerbe werden sich die Arbeitgeber, von denen manche froh sein werden, überhaupt einmal Arbeiter zu haben, nicht so leicht dazu gebrauchen lassen, den Berliner Bauproben die ohne ausreichenden Grund verhängte Aussperrung über tausende von Arbeitern noch zu erleichtern.

Selbst wenn aber die Arbeitgeber anderer Städte in der von ihnen verlangten Weise vorgehen wollten, hätten es die Arbeiter leicht in der Hand, ihre Quittungskarte gegen eine andere umzutauschen. Ein Grund für einen solchen Austausch bevor die Karte voll ist, läßt sich schon finden.

In der „Arbeiterversorgung“ führt ein Mitarbeiter in längeren Darlegungen aus, daß das vorgeschlagene Mittel seinen Zweck

verfehlen müsse, da Unschuldige getroffen würden. Die letztere Besorgnis ist irrtümlich. Es sollten nicht, wie der Verfasser jener Notiz annimmt, die Inhaber aller im Bezirk Berlin und Brandenburg ausgestellten Invalidenkarten getroffen werden, worunter allerdings Unbeteiligte sein müßten, sondern nur an den für die bezeichneten bestimmten Wochen geflehten Beitragsmarken wollte man die räubigen Schafe erkennen. Es ist bekannt, daß für den Bezirk jeder Versicherungsanstalt nur die Marken derselben verwandt werden dürfen, wodurch der Beschäftigungsort feststeht. Anders bei den Karten selbst. Je nachdem wo der Versicherte seinerzeit beim Eintritt in die versicherungspflichtige Tätigkeit arbeitete, ist seine Quittungskarte mit dem Namen der für diesen ersten Ort zuständigen Versicherungsanstalt zu bezeichnen und dieser Name ist von der ersten Karte auf alle folgenden zu übertragen. Will man daher ermitteln, wo jemand gearbeitet hat, dann kann das nur auf Grund der geleisteten Beitragsmarken geschehen, da auch die Angabe der Verwaltungsbehörde, die die Karte ausgab, einen zuverlässigen Inhalt nicht gibt.

Einen greifbaren Erfolg werden die Berliner Baubeflissenen mit der anscheinend so klug ausgestellten Kontrolle durch die Invalidenkarte schwerlich haben, so lange die gute Konjunktur anhält. Ob es freilich in wirtschaftlich schlechterer Zeit auf diese Weise nicht möglich ist, gewisse Arbeiter von Ort zu Ort zu hegen, bedarf noch der Probe. Aber hiergegen wird sich die Arbeiterschaft auch zu helfen wissen; der Verlust einiger Marken wiegt nicht so schwer, daß er gegenüber den sonstigen Opfern bei den modernen Kriegen nicht zu ertragen wäre. Daß freilich durch die Anwendung solcher Mittel, die nach Lage der Sache, selbst wenn sie zur Anzeige gebracht würden, straflos bleiben, obwohl alle Voraussetzungen einer Verurteilung vorliegen, die Erbitterung und die Kampflust des Arbeiters abnehmen würde, ist nicht zu hoffen. Im Gegenteil. Neue Praktiken der organisierten Unternehmerschaft haben noch stets den Erfolg gehabt, daß die Arbeiter ihre Laskt danach einrichteten und meist den dauernden Erfolg haben, selbst wenn sich ihnen Gesetzgebung und Justiz nicht freundlich gegenüberstellen.

## Internationale Freizügigkeit.

Auf dem Stuttgarter internationalen sozialistischen Kongress steht ein Punkt auf der Tagesordnung, dessen Bedeutung für die künftige Arbeiterpolitik nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Es handelt sich um die Stellungnahme des Kongresses zur Frage der internationalen Freizügigkeit. Während bisher eine Beschränkung dieser Freizügigkeit als unvereinbar mit dem Wesen des Sozialismus charakterisiert wurde, kann man aus einer Reihe von Umständen und Äußerungen schließen, daß die Unterbindung der ziellosen Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt keineswegs mehr als ein grundsätzlicher Vertoff gegen das Wesen des Sozialismus angesehen wird. In einem Artikel der „Neuen Zeit“ über „Proletarische Wanderungen“ kommt Otto Bauer zu folgenden Richt-

Linien proletarischer Einwanderungspolitik: „Volle Freizügigkeit für die Auswanderer aus industriell-kapitalistischen Gebieten; energischer Kampf gegen den kapitalistisch organisierten Lohndrückerimport; Freizügigkeit für die freie Wanderung aus agrarisch-haustwirtschaftlichen Ländern, ergänzt durch ein System wirkamer sozialpolitischer Schutzmaßnahmen.“ Mit diesen Forderungen ist die volle und uneingeschränkte internationale Freizügigkeit der Arbeiter aufgegeben. Daß aber nicht nur in der Theorie, sondern auch in der praktischen Politik Maßregeln gegen die internationale Freizügigkeit keineswegs mehr wie früher perhorresziert werden, dafür spricht die Erörterung eines aktuellen Vorkommnisses in der Presse. Der „Norddeutsche Lloyd“, nicht die Hamburg-Amerika-Linie, beachtlich, sämtliche Dampfer seiner Linien nach dem La. Plata, Brasilien und Kuba mit chinesischen Heizern und Kohlenzählern zu besetzen. Diese Absicht soll durch den letzten deutschen Seemannstreik veranlaßt sein. An diesen schon in der Ausführung begriffenen Plan knüpft nun der „Vorwärts“ folgende Bemerkungen: „Ersetzung freier deutscher Arbeit durch chinesische Kontraktflaberei, das ist das letzte Wort des Kapitalismus auf die Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterschaft. Aber diese nationalen Herren . . . mögen sicher sein, das ist nicht das letzte Wort der Arbeiterklasse. Chinesische Kulis als Sturmböde gegen das Koalitionsrecht in Deutschland, das gibt es nicht und darf es nicht geben. Das wird den Herren, wenn sie es notwendig machen, noch genügend klargemacht werden.“ Der „Vorwärts“ deutet zwar nicht an, auf welche Weise der Import chinesischer Arbeiter unmöglich gemacht werden sollte, aber es ist anzunehmen, daß er an ein gesetzliches Verbot der Verwendung chinesischer Arbeiter auf deutschen Schiffen denkt. Ob freilich gerade der vorliegende Fall derart liegt, daß Abwehrmaßnahmen erforderlich sind, das wäre noch besonders zu untersuchen. Die Feuerarbeit auf den Seeschiffen im Dienste von und nach den Tropen ist für deutsche Arbeiter in einer Weise ungesund und anstrengend, daß man wirklich fragen könnte, ob dafür nicht Arbeiter Verwendung finden könnten, die das tropische Klima besser ertragen als der Deutsche. Doch das nur nebenbei: jedenfalls wird aber die Gefahr der internationalen Freizügigkeit der Arbeiter immer mehr erkannt und das ist ein Fortschritt der Auffassung, an den man vor wenigen Jahren noch nicht hätte denken können. So wichtig nun die Anerkennung der Notwendigkeit, unter gewissen Voraussetzungen die internationale Freizügigkeit einschränken zu müssen, auch ist, so

fangen die eigentlichen Schwierigkeiten des Problems doch erst dann an, wenn man sich über die Maßregeln zur Erreichung des gesteckten Zieles einigen will. Es gibt unseres Erachtens keine gemeinsame Formel für alle politisch abgegrenzten Wirtschaftsgebiete, durch die die Einwanderung ausländischer Arbeiter auch nur grundsätzlich geregelt werden könnte. Eine solche Formel ist nicht zu finden, da das wirtschaftliche und kulturelle Niveau aller Länder äußerst große Abstände voneinander zeigt. Daß zwischen Ländern mit annähernd gleichen Wirtschafts- und Kulturbedingungen die Freizügigkeit der Arbeiter aufrecht zu erhalten ist, das bedarf gar keiner weiteren Begründung. Es ist auch für ein wirtschaftlich aufstrebendes Land, das industriell schon sehr weit vorgeschritten ist, unter Umständen gar nicht bedenklich, wenn für gewisse Arbeiten Ausländer mit niedrigeren Lebensansprüchen auf dem heimischen Arbeitsmarkt zugelassen werden. Allerdings muß dann heimisches Angebot für die betreffende Arbeit auch zu relativ auskömmlichen Löhnen nicht zu beschaffen sein. Generell wird man diese Voraussetzungen nicht festlegen können. Wogegen aber auf alle Fälle gewirkt werden muß, das ist der Import von Ausländern, die deutsche Arbeitskräfte infolge ihrer niedrigeren Lohn- und Lebensansprüche ersetzen, d. h. die deutschen Arbeiter aus ihrer Beschäftigung und damit aus ihrer Existenz verdrängen sollen. Es fragt sich nun, ob einer solchen Importpolitik gegenüber Mittel der Selbsthilfe der Arbeiterorganisationen genügen, oder ob hier staatliche Schutzmaßnahmen am Platze sind. Die deutschen Gewerkschaften haben bei den italienischen Arbeitern auf dem deutschen Arbeitsmarkt große Erfolge dadurch erzielt, daß sie diese Ausländer zu organisieren verjagt haben. Ob mit diesen Verjagungen der Lohndruck gänzlich beseitigt worden ist, bleibe dahingestellt; jedenfalls aber würde das nämliche Mittel zur Abschwächung resp. Vermeidung eines Lohndruckes bei anderen ausländischen Arbeitskräften, z. B. bei chinesischen Arbeitern, nicht in Frage kommen können. Wo also durch den Import resp. die Einwanderung von ausländischen Arbeitskräften ein Lohndruck auf den deutschen Arbeitsmarkt ausgeübt würde, der durch die Selbsthilfe der Arbeiter nicht zu kompensieren wäre, da läge es im Lebensinteresse der deutschen Arbeiter, für staatliche Schutzmaßnahmen einzutreten. Ein derartiges Vorgehen würde nicht im geringsten der Sache des Sozialismus Eintrag tun, er würde allerdings einen falsch verstandenen Internationalismus kräftig korrigieren. Die sozialistischen Vertreter der verschiedenen Länder in Stuttgart werden

sich bemühen, die Frage in einer Weise zum Austrag zu bringen, durch die sowohl den Ländern, die überschüssige Arbeitskraft abzugeben haben, als auch den Ländern, die das wirtschaftliche Niveau ihrer Arbeiter nicht bedroht wissen wollen, Rechnung getragen wird. Eine solche Lösung kann zweifellos gefunden werden, ob sie aber auf die Dauer vorhalten wird, das ist zu bezweifeln.

## Sozialreform und Konsumvereine.

Dem Schneekengang der Sozialreform des Grafen Posadowsky dürfte nach seinem Sturz völliger Stillstand folgen. Stockt die gesetzgebende Sozialreform, sind die Arbeiter um so mehr auf den wirtschaftlichen Kampf angewiesen, bei welchem leider die schwach organisierten Arbeiter ins Hintertreffen geraten. Diese betäubende Tatsache wird am schlimmsten von den Konsumvereinen empfunden werden. Von ihnen erwarten die Verbände ihre Angestellten, daß sie im praktischen Leben diejenigen Forderungen verwirklichen sollen, welche die Vertreter der Arbeiter im Reichstage an die Gesetzgebung stellen. Die Konsumvereine haben im geschäftlichen Leben mit den Krämmern, mit jener Schicht des Mittelstandes zu konkurrieren, welche jeglicher Sozialreform völlig verständnislos gegenübersteht. Die Verbände der Lagerhalter und Handlungsgehilfen sind heute noch nicht stark genug, um durch wirtschaftliche Kämpfe die Krämer, die Konkurrenten der Konsumvereine, zur Anerkennung ihrer programmatischen Ziele zwingen zu können.

Die Lagerhalterorganisation zählt fast ausschließlich bei den Konsumvereinen beschäftigte Lagerhalter zu ihren Mitgliedern, und auch dem Verband der Handlungsgehilfen war es bisher nicht möglich, eine größere Zahl der in Krämereien beschäftigten Personen organisieren zu können. Darans ist selbstverständlich dem Verband ein Vorwurf nicht zu machen — die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Krämereien sind derart schlimm, daß die Organisation der in ihnen Beschäftigten auf enorme Schwierigkeiten stößt. Diese Situation erschwert aber den Konsumvereinen, selbst den größeren, es ungemein, alle Forderungen ihrer Angestellten zu verwirklichen, mögen es auch noch so berechnigte sein.

Nach der letzten Statistik betrug die Zahl der Mitglieder der dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossenen 929 Verbandsvereine 642 741; von diesen waren etwa 500 000 Arbeiter; die Zahl der in der Warenverteilung beschäftigten Personen betrug dagegen nur 8307. Die Arbeiter sind den Kon-

## Die Bakterien und ihre Rolle im täglichen Leben.

Von M. S. Baega.

Tatsachen und Erscheinungen, die man seit den ältesten Zeiten kannte, sind in ein ganz neues Licht gerückt worden, als das Mikroskop uns Kunde vom Leben der Bakterien gab. Die Technik, die Landwirtschaft, besonders aber die Medizin verdankt der Bakteriologie ganz neue Gesichtspunkte. Überall sind die Bakterien dabei, und der Laie ist geneigt, in ihnen Wesen ganz besonderer Art zu sehen. Im Grunde sind es jedoch Lebewesen, wie andere auch, denen nur ihre Unsichtbarkeit etwas Gespenstisches, Ueberraturliches verleiht.

Mein sind sie in der Tat, sehr klein. Die Kleinsten unter ihnen hat sogar noch niemand gesehen, wie z. B. die Erreger der Maul- und Klauenseuche, von denen man aus anderen Gründen entnehmen muß, daß es Bakterien sind. Neuester klein ist auch der Influenzabazillus. Er steht gerade noch an der Grenze der mikroskopischen Sichtbarkeit. Selbst die größten unter ihnen sind nicht mit bloßem Auge, sondern nur mit dem Mikroskope zu erkennen.

Diese so außerordentlich winzige Menge lebender Substanz — zwei Billionen Bakterien mittlerer Größe wiegen erst ein Gramm — zeigt aber schon alle Merkmale des Lebens. Die Vorgänge der Atmung, der Bewegung, der Fortpflanzung durch Selbstteilung, ja einfachste

Instinkte lassen sich sogar an ihnen nachweisen. Sie stellen ein mit Zellsaft oder Protoplasma gefülltes winziges Bläschen dar, dessen Zellhaut oder Membran sehr zart und fest ist. Sie gehören zu den einfachsten und niedrigsten Lebewesen, die zurzeit bekannt sind. Ihre äußere Form ist mannigfaltig. Außer der Kugelform finden wir die der Stäbchen, der Schraubchen, der Fäserchen usw. Ein Tropfen fauligen Sumpfwassers würde uns alle diese Formen zeigen, wenn wir ihn etwa mit tausendfacher Vergrößerung betrachten. Alle sind, einzeln betrachtet, farblos. Wenn sie jedoch in dichten Mengen zusammenliegen, sind einige Arten farbig. Es gibt rote, blaue, gelbe, braune usw.

Das Lebenselement der Bakterien ist das Wasser oder wenigstens das Feuchte. In Trockenheit vermögen sie nicht zu gedeihen, wohl aber können sich sehr viele auch dann, wenn sie gänzlich eingetrocknet sind, am Leben erhalten. Mit dem Staub aufgewirbelt, schweben sie in der Luft und können überallhin verbreitet werden. Sobald sie der Zufall auf ein günstiges Nährfeld führt, erwachen sie zu neuem Leben und vermehren sich binnen kurzem ins Ungeheure. Sie sind allgegenwärtig, aber unsichtbar; nur wenige Orte gibt es, wo man sie in der Luft nicht antrifft, so auf sehr hohen Bergen, auf hoher See und in den Polargegenden. Sie begleiten uns auf Schritt und Tritt, unsichtbar an unserm Körper, an unserm Kleider, an den Speisen, an allen Gebrauchsgegenständen

haftend. Doch gibt sich ihre Anwesenheit erst zu erkennen, wenn sie sich irgendwo stark vermehren können.

Im Sommer, bei der alles Leben begünstigenden Wärme, gerinnt die Milch besonders leicht und wird sauer. Die Säure ist die Ursache des Gerinnens und wird produziert von bestimmten Bakterien, die sich in der Milch ins Ungeheure entwickeln. Sie greifen den Milchzucker der Milch an und bilden Milchsäure, durch welche der in der Milch enthaltene Käsestoff (Kasein) ausgefüllt wird. Zerlegung organischer Flüssigkeiten tritt nämlich nur dann ein, wenn Bakterien darin enthalten sind. Wird die Flüssigkeit gekocht, d. h. tötet man die darin enthaltenen Lebewesen, und wird durch Luftdichten Verschluss verhiitet, daß irgend etwas von außen hineingelangt, so bleibt sie unverändert, und es bilden sich keine Lebewesen in ihr. Ähnlich wirken auch bestimmte starke Gifte, wie Sublimat, Jodformol, Jodoform, Karbol usw. Sie vergiften die Bakterien. Auf diesen Prinzipien, nämlich der tödenden Wirkung von Giften und Giften, beruht unsere moderne Desinfektions- und Sterilisationstechnik.

Um nun die Lebenserscheinungen der einzelnen Bakterien genau untersuchen zu können, dazu ist die unumgängliche Vorbedingung, die einzelnen Bakterien, die in der Natur in buntem Gemenge vorkommen, für sich einzufangen und zu züchten. Das tut man, indem man zunächst eine Flüssigkeit herstellt, in der die Mehrzahl



summereinen als Mitglied beigetreten, um durch dieselben eine Verbilligung ihrer Lebenshaltung zu erwirken. Die soziale Bedeutung der Genossenschaften ist ihnen zum größten Teil fremd; hat doch auch unsere Parteipresse mit wenigen Ausnahmen die Konsumvereine bisher fast ausschließlich vom Standpunkt der materiellen Vorteile aus gewertet, und verschüden doch auch heute noch einige Ueberradikale, diejenigen Genossen, die den Konsumvereinen eine höhere Bedeutung beimessen, als „theoretische Wirrköpfe“ in den Augen der Genossen herabzuwürdigen. In der in einzelnen Konsumvereinen leider noch grassierenden Dividendenjagd sind nicht zum wenigsten jene einseitigen Dogmatiker mitschuldig, welche die genossenschaftliche Erziehung der Arbeiter bislang gänzlich vernachlässigt haben.

Auch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sind, trotzdem ihnen der Kölner Gewerkschaftskongreß die Verpflichtung auferlegte, Mitglied der modernen Konsumvereine zu werden, bis jetzt noch nicht zum vierten Teil diesem Beschluß nachgekommen. In einzelnen Städten, namentlich in der „Stadt der Intelligenz“ — in Berlin — ist von einem Verständnis für die Genossenschaftsbewegung bei der Masse der Arbeiterschaft überhaupt nichts zu spüren. Die Berliner Parteigenossen und Gewerkschaftler sind größtenteils Mitglied in den großen Rabattparbereinen und wirken eben dadurch „zielbewußt“ dafür, daß die Zerspaltung im Kleinhandel dauernd aufrecht erhalten wird. Konsumvereine, die keinen großen Umsatz haben, sind nichts weiter als Krämer und können ihren Mitgliedern keine großen Vorteile bieten. Die Mehrzahl unserer Konsumvereine sind infolge der geringen Unterstützung der Arbeiterschaft scharf auf den Nägeln brennend.

Auch in größeren Orten haben die Konsumvereine mit einer leistungsfähigen Konkurrenz zu rechnen; es gibt dort Firmen in der Kolonialwarenbranche, die eventuell weit mehr Einkaufsgeschäfte besitzen als der Konsumverein Verkaufsstellen hat.

Überall in der Welt finden wir ja nun Leute, die in einem Luftballon unüberdauter Theorien über diese Erde segeln, für welche die Konkurrenz überhaupt keine Rolle spielt, und die deshalb auch den Standpunkt vertreten, die Konsumvereine müßten alles bewilligen, was von ihren Angestellten von ihnen gefordert wird. In einem Artikel eines „Besucher“ des Düsseldorfser Genossenschaftstages\*) heißt es:

\*) Siehe den Artikel „Gewerkschaft und Genossenschaft“, abgedruckt von den Parteiorganen in Dortmund, Elberfeld, Duisburg, Düsseldorf.

der Bakterien gut wächst, z. B. eine Fleischbrühe, der noch einige gute Nährstoffe hinzugefügt werden. Man fügt dann einen Stoff hinzu, der sich leicht verflüssigen läßt und leicht wieder erstarrt, die Gelatine, und erhält so eine Bonillon-gallerte, die man in kleine Glasröhrchen verteilt. Man verschließt diese mit Watte und macht sie durch Erhitzen keimfrei, da sie ja natürlich von vornherein massenhaft Bakterien beherbergt. Ein solches Röhrchen wird nun gelinde erwärmt, bis die Gelatine flüssig wird. Man fügt dann eine kleine Menge von der Substanz, aus der man die Bakterien herausfischen will, der flüssigen Gelatine zu und vermischt es gut, so daß die Bakterien sich gleichmäßig verteilen. Jetzt gießt man die Gelatine auf einer vorher in der Hitze sterilisierten Glasplatte aus, so daß sich die Platte in dünner Schicht überzieht. Bald erstarrt sie, und die Bakterien werden an bestimmten Stellen getrennt von einander festgeleimt. Sie beginnen sich, dank der vortrefflichen Nahrung, die ihnen in der Gelatine geboten ist, sofort zu vermehren, und aus dem einen Vorfahren entsteht durch fortgesetzte Selbstteilung schon nach kurzer Zeit eine so ungeheure Menge von Nachkommen, daß diese gewaltige Familie oder, wie man sagt, „Kolonie“ schon dem bloßen Auge als kleiner Fleck sichtbar wird. Wird jetzt etwas von diesem Fleck in ein anderes Gelatineröhrchen übertragen, so hat man in der Tat eine Bakterienart eingefangen, deren Einseitigkeit durch Ab-

„Ein Betrieb, ganz gleichgültig, ob Privat- oder Konsum- — der durch Erfüllung solcher Forderungen wirklich „konkurrenzunfähig“ würde, der steht einfach nicht auf der Höhe seiner Aufgabe, der ist entweder nicht gut geleitet, oder es fehlen die sonstigen Bedingungen seiner Existenz.“ Der „Besucher“ beweist wirklich mit diesen Ausführungen, daß er bei den Genossenschaften nur einmal auf einen Tag zu Besuch war, daß er aber sonst von den Existenzbedingungen der Genossenschaften nichts versteht. Wenn die Konsumvereine nach seiner Theorie gehandelt hätten, würde schwerlich einer von ihnen bestehen. Die meisten Konsumvereine haben sich aus ganz kleinen Anfängen entwickelt und standen einmal alle nicht auf der „Höhe der Aufgaben“ — ohne Rücksicht auf die bestehenden, doch von ihnen nicht geschaffenen Verhältnisse — ihren Laden nicht nur an Sonn- und Feiertagen vollständig, sondern auch jeden Abend um 8 Uhr schließen zu können und ihren Angestellten jede Woche einen halben Tag frei und außerdem jährlich 14 Tage Ferien zu geben.

Vielleicht erläutert uns der „Besucher“ es einmal, wie denn der kleine Konsumverein, der nur einen Angestellten in seinen Verkaufsstellen beschäftigt, alle diese Wünsche erfüllen soll. Doch das dürfte ihm wenig Kopfschmerzen machen — weg damit, wenn sie es nicht können — damit basta. Der „Besucher“ ist ein bis jetzt noch nicht geborener Kaufmann; Kleinigkeit für ihn, er stellt sofort einen leistungsfähigen Großbetrieb auf die Beine. Wer ihm von einer Ueberwindung rückständiger, von einer Entwicklung zu höheren Betriebsformen redet, ist ein elender Stümper. Er springt nicht nur mit beiden Beinen zugleich in den Zukunftsstaat hinein, er vollführt diesen Sprung schon im Gegenwartszustand und ist ganz erstaunt darüber, daß nicht jeder Sozialdemokrat seine theoretischen Ausschsprünge sofort in die Praxis umsetzen kann.

Auch die Frage der Gehälter löst der „Besucher“ spielend — im Handumdrehen. „Gäthe v. Elm“ — schreibt er — „sich rechtzeitig die nötigen theoretischen Kenntnisse verschafft, so würde er wissen, daß durch Erhöhung der Aufwendungen für die Arbeitskraft nur der Profit zu sinken braucht, daß aber keineswegs die Erhöhung der Warenpreise eine naturnotwendige Folge ist.“

Grau — Freund — ist diese Theorie — für die Konsumvereine nämlich, die ihrer großen Mehrzahl nach schon ganz erheblich höhere Gehälter zahlen als die Konkurrenz, und die einen

stammung von einem einzigen Ahnen gewährleistet ist. An solchen „Reinkulturen“ können dann in aller Ruhe die Eigenschaften der betreffenden Bakterien studiert werden. Auf demselben Wege kann man dann auch rein zahlenmäßig die Anzahl von Bakterien, die in einer bestimmten Menge eines Stoffes enthalten sind, bestimmen.

Auch in der Technik ist man mit Eifer beschäftigt, technisch wichtige Bakterien in solchen Reinkulturen zu bekommen, so z. B. in der Molkerei, in der Landwirtschaft, in der Tabakindustrie versucht man mit größerem oder geringerem Erfolg, die fraglichen, auf Lebensfähigkeit von Bakterien beruhenden Prozesse in sichere Hand zu bekommen. Man muß z. B. die Milch mit Milchsäurebakterien, sucht, freilich vorläufig noch nicht recht erfolgreich, nach spezifischen Käsebakterienrassen, um womöglich die Produktion edler Käse auch außerhalb ihres Produktionsgebietes zu ermöglichen, versteht die Ackererde mit bestimmten Bakterien, um ihre Ertragsfähigkeit zu steigern, ja sogar einheimische Tabake hat man früher versucht, mit solchen Bakterien zu verbessern, die aus edlen Tabaksorten gezüchtet wurden, freilich ganz ohne Erfolg.

Bakterien sind schließlich noch in der Essigsäurefabrikation und in der Textilindustrie am Werke. Wein oder Bierreste überziehen sich beim offenen Stehen bald mit einem sorten, grauen, trockenen Schmutz, welches meist ganz aus-

„Profit“ überhaupt nicht machen. Die Konsumvereine sind gebildet zu dem Zweck, um ihren Mitgliedern die Waren zum Selbstkostenpreis zu verschaffen. Die sogenannte „Dividende“ ist nichts weiter als eine Rückvergütung für die beim Kauf gezahlten Ueberpreise der Mitglieder über die Selbstkosten. Werden die Warenpreise niedrig gehalten, wird die „Dividende“ minimal sein; wird ein hoher Aufschlag auf die Einkaufspreise genommen, muß beim Jahresschluß ein hoher Ueberfluß verbleiben, und der Verein kann eine hohe Rückvergütung zahlen. Die hohe „Dividende“ ist also weder ein Maßstab für die Leistungsfähigkeit des Vereins, noch für die Geschäftstüchtigkeit des Vorstandes. Je höher die Dividende, desto geringer ist in der Regel der Nutzen für die Mitglieder, da die Steuerbehörden entsprechend dem hohen Ueberfluß auch die Steuern bemessen.

Da also — ob die „Dividende“ nun hoch oder niedrig ist — die Mitglieder die Waren immer zum Selbstkostenpreis erhalten, kann von einem „Profit“, von einem Kapitalgewinn bei den Konsumvereinen gar keine Rede sein. Von einer kapitalistischen Plusmacherei könnte bei ihnen nur dann gesprochen werden, wenn sie auf Grund schlechterer Lohn- und Arbeitsverhältnisse, als sie die Konkurrenz gewährt, sich billigere Warenpreise zu verschaffen suchten. Das ist nicht der Fall.

Für unseren Luftballontheoretiker sind jedoch die Konsumvereine kapitalistische Betriebe, die in der Warenverteilung beschäftigten Angestellten sind die ausgebeuteten Lohnflaben, denen man „selbst bei den größten Konfessionen immer nur erst einen Teil von dem wiedergibt, was man ihnen vorher abgenommen“. Auf den vorliegenden praktischen Fall angewandt, durchaus unzutreffend, Herr Theoretiker. Die Lagerhalter, Verkäufer und Verkäuferinnen verteilen doch nur die Waren, die Anfertigung besorgen andere, nicht im Konsumverein beschäftigte Arbeiter. Sollen diese nun, die vielleicht entweder in derselben Stadt oder an einem anderen Ort Mitglied des Konsumvereins sind, völlig leer ausgehen, während die im Konsumverein tätigen Personen den ganzen Ueberfluß erhalten?

Der durch die Zentralisation des Konsums erzielte materielle Nutzen entsteht in erster Linie durch die organisierten Konsumenten selbst; nicht der Vorstand, nicht die Angestellten der Genossenschaft sind die Inhaber des Geschäfts, sondern die Mitglieder — die Angestellten haben einen berechtigten Anspruch an dem erzielten größeren Nutzen gegenüber den Privatbetrieben nur insoweit, als derselbe durch eine größere

winzigen Stäbchenbakterien zusammengesetzt ist. Dies sind die Essigsäurebakterien, welche den Alkohol in Essig verwandeln und dadurch das allmähliche Sauerwerden von Bier und Wein verursachen. Bei der Gewinnung des Glases bewirken bestimmte im Wasser der Glaskotten gehende Bakterien eine eigenartige Verrottung der Leinstengel, welche, wie man sagt, in dem Wasser „geröstet“ werden. Es wird dadurch erreicht, daß die aus dickwandigen Fasern bestehenden Bauffträge bei dem Brechen und Schkeln der Leinstengel sich leicht und sauber von den anhaftenden Geweben trennen lassen.

Wiel wichtiger jedoch als die praktische Rolle der Bakterien, ja sogar noch viel bedeutungsvoller als die angreifende, heimtückische Tätigkeit der kleinen Gruppe der Krankheitserreger, die ja schließlich nur einen Sonderfall des allgemeinen großen Kampfes in der Natur darstellt, ist die wichtige Aufgabe, die die Hauptmasse der Bakterien erfüllt, indem sie den Kreislauf der Stoffe, besonders des Stickstoffs und Kohlenstoffs, an entscheidenden Punkten im Gange erhält. Ohne sie würde dieser Kreislauf rettungslos ins Stocken geraten und die Existenz des Lebens auf der Erde somit unmöglich sein. In welcher Weise sie diese Aufgabe erfüllen, darüber werden wir ein andermal ausführlicheres berichten.

Arbeitsleistung gegenüber ihren Kollegen in den Privatbetrieben mit erzielt wurde. Die Angestellten sind Mitglied im Konsumverein, an dem durch die Organisation und Zentralisation des Konsums erzielten Nutzen haben dieselben den gleichen Anteil wie jedes andere Mitglied; ihnen auf Kosten der die Waren herstellenden Arbeiter eine privilegierte Sonderstellung einzuräumen, ist rein „theoretisch“ betrachtet, ein Unrecht gegenüber den übrigen Mitgliedern. Ja — man könnte noch einen Schritt weiter gehen und sagen: „Seid Ihr Angestellten an sich nicht schon bevorzugt, indem Ihr in Eurem eigenen Geschäft, nicht für Kapitalistengewinn, sondern für die Allgemeinheit arbeitet? Wenn Ihr in Eurem eigenen Geschäft nur das selbe verdient wie anderswo, seid Ihr gegenüber Euren in Privatbetrieben vom kapitalistischen Herrrentum abhängigen Berufskollegen immer noch im Vorteil.“

Doch die Genossenschaftler sind keine verlässlichen Theoretiker, sie verlangen von ihren Angestellten nicht einen Verzicht auf ihre Forderungen, sondern sie erklären in der angenehmen — von den „Theoretikern“ völlig falsch verstandenen — Resolution: Wir wollen mit Euch — Angestellten — gemeinsam dahin streben, „die aufgestellten prinzipiellen Forderungen in den genossenschaftlichen Betrieben mehr und mehr zu verwirklichen“. Die Genossenschaftler legen in Ihrem eigenen Interesse Wert darauf, sich ein arbeitsfreudiges, leistungsfähiges Personal zu erzühen und haben deshalb schon, von unruhlichen Ausnahmen abgesehen, stets weit höhere Löhne gezahlt als die Konkurrenz; auch die Arbeitszeit ist fast überall eine weit geringere als in Privatbetrieben. Das, was die Angestellten fordern, ist in vielen Vereinen zum größten Teil schon durchgeführt. Aber — die Verbände der Angestellten wünschen einen einheitlichen Tarif für ganz Deutschland, dessen Durchführung der Vertreter der Generalkommission seinerseits wegen der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse zurzeit für fast unmöglich erklärte.

Leute, die auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung zu stehen behaupten, sollten eigentlich doch auch einsehen, daß die Genossenschaften ganz allein nicht aus dem Rahmen der heutigen Gesellschaft herauspringen können und daß ihr Untergang totischer Besiegelt wäre, wenn sie einen solchen utopistischen Versuch wagen würden.

Ein Teil unserer Konsumvereine hat sich zu leistungsfähigen Großbetrieben entwickelt; hier erstreckt sich ihr Wirkungskreis auf ein Gebiet, in welchem die Arbeiterschaft im allgemeinen sich schon bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erkämpft hat und einiges Verständnis für die kulturellen Aufgaben der Genossenschaften besitzt. Wo dies der Fall ist, können die Konsumvereine den Forderungen ihrer Angestellten weit mehr entgegenkommen, als in Orten, wo ein kleinerer Konsumverein besteht und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der übrigen Arbeiter geradezu miserable sind.

Genossenschaften und Konsumvereine werden sich immer nur gleichmäßig Schritt für Schritt vorwärts entwickeln können. Die Arbeiter sind in den Konsumvereinen selbst die „Arbeitgeber“; wer über die rückständigen Verhältnisse in manchen kleinen Konsumvereinen redet, sollte nicht vergessen, daß die allgemeinen Arbeitsverhältnisse in den betreffenden Orten noch weit rückständiger sind. Nur durch Aufklärung und Organisierung der gesamten Arbeiter wird hier Wandel geschaffen werden können.

Der Genossenschaftsbewegung im allgemeinen den Vorwurf sozialer Rückständigkeit machen, kann nur, wer absichtlich sie in den Augen der Arbeiterschaft herabwürdigen will. Seit den Tagen von Kreuznach, wo die Konsumvereine aus den Händen des rückständigen, mittelstandsretterischen allgemeinen Genossenschaftsverbandes befreit wurden, haben die dem Zentralverband beigetretenen Konsumvereine Laten vollbracht, deren soziale Bedeutung bis-

her gar nicht genügend gewürdigt worden ist. Der Abschluß des Tarifs mit dem Bäckerverband, der durch den Beschluß in einer Sonderversammlung derjenigen Konsumvereine, welche Bäckereien besitzen, abermals erneuert worden ist, der Tarif mit dem Handels- und Transportarbeiterverband, die Errichtung einer Unterstützungskasse für alte und invalide Arbeiter und Angestellte, sowie für die Witwen und Waisen derselben, sind Beweis genug dafür, daß die Genossenschaften bereit sind, mustergültige Zustände für ihre Angestellten und Arbeiter zu schaffen. Wenn aber der Lagerhalterverband in kurzfristiger Weise den Genossenschaften den Fehdehandschuh geradezu ins Gesicht warf, indem er den allseitig als eine wesentliche Verbesserung anerkannten Dienstvertrag ablehnte, so sollten einsichtige Leute nun nicht auch in den Fehler verfallen, auf die Genossenschaftler in unverantwortlicher Weise loszuschlagen und nur deshalb — weil sie nicht gleich mit Hurra alles bewilligt haben, was die Verbände der Genossenschaftskapitalistischer Mäxren bezichtigen. Mit großer Berechtigung wird in der Düsseldorf Resolution gesagt, daß, wenn durch eine plötzliche Verwirklichung der prinzipiellen Forderungen der Angestellten viele Konsumvereine konkurrenzunfähig gemacht würden, damit auch zugleich den von ihnen beschäftigten Personen die Existenzmöglichkeit geraubt würde. Das Wort, von dem wir ablägen, auf dem man sitzt, ist hier sehr zutreffend.

Die Genossenschaften sind zu Tarifverhandlungen mit den Verbänden der Lagerhalter und Handlungsgehilfen auch ferner bereit; beschränken sich diese Verbände darauf, tariflich festzulegen, was zurzeit auch der Genossenschaftsleitung ohne schwere Schädigungen der Bewegung herbeizuführen, möglich erscheint, werden ohne Zweifel für die Angestellten in den zurückgebliebenen Vereinen wesentliche Verbesserungen erzielt werden. Von den in Düsseldorf anwesenden Vertretern der Genossenschaften waren mindestens neun Zehntel gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, unter ihnen viele, die eine Vertrauensstellung in ihrer Gewerkschaft bekleiden. Wenn von den Gewerkschaften selbst die aufgestellten Zukunftsprogramme als für ganz Deutschland zurzeit undurchführbar erklärt wurden, so nur deshalb, weil sie die Aufgaben der Genossenschaften darin erblickten, nicht nur einseitig einigen Verbänden, sondern der gesamten Gewerkschaftsbewegung zu nutzen.

Nur Utopisten können wägen, die Konsumvereine könnten ohne Rücksichtnahme auf den wirtschaftlichen Konkurrenzkampf groß und mächtig werden und — wie dies namentlich im Interesse sämtlicher Gewerkschaften liegt, zur Eigenproduktion übergehen. Wer den Arbeitern die höheren Ziele der Genossenschaftsbewegung erläutert, und sie dadurch zu begeisterter Mitwirkung auf genossenschaftlichem Gebiet bestimmt, arbeitet damit gleichzeitig auch an der Verwirklichung der prinzipiell durchaus berechtigten Forderungen der Angestellten. Je größer und leistungsfähiger die Konsumvereine werden, desto eher können sie sozialreformerische Laten vollbringen und dadurch für die allgemeine Sozialreform durch die Gesetzgebung eine wirksame Vorarbeit leisten.

A. v. C. I. m.

## Die industrielle Entwicklung und das Erwachen der Arbeiterklasse in Japan.

Die ökonomische Entwicklung durchläuft im ostasiatischen Inselreich dieselbe Bahn, die sie im europäischen Kulturgebiet durchlaufen hat. Die Verhältnisse in der jungen Industrie Japans zeigen eine überraschende Ähnlichkeit mit denen der Jugendperiode des Industrialismus in England, wie sie uns aus den klassischen Schilderungen von Marx und Engels bekannt sind. Noch keine staatliche Schutzgesetzgebung, noch keine starke Arbeiterorganisation zieht der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft Lebenskraft Schranken. Nur beherzigt von dem Drang, möglichst rasch und möglichst viel Reichtum zu akkumulieren, und getrieben von einer scharfent-

lofen gegenseitigen Konkurrenz, treibt das junge kapitalistische Unternehmertum Japans Raubbau an den großen Fonds von Volkskraft und Volksgeundheit, den es aus der alten Kleinbäuerlichen Kultur angehäuft vorfindet. Rücksichtslose Ausbeutung von Frauen und Kindern, unbegrenzte Arbeitsdauer, jämmerliche Löhne und unzureichende Ernährung — das ist das Bild, das Robert Schächner in einer auf eigenen Untersuchungen an Ort und Stelle begründeten und mit vielem Zahlenmaterial ausgestatteten Arbeit in dem Archiv für Sozialwissenschaft und Statistik (3. Heft 1907) uns vorführt.

Nur in den alten Handwerkszweigen, wo fast ausschließlich gelernte männliche Arbeitskräfte Verwendung finden, werden verhältnismäßig hohe Löhne gezahlt. Dieselben sind seit 1900 infolge der Verminderung der Arbeitskräfte durch den Krieg noch erheblich gestiegen, so daß heute Schmiede, Zimmerleute, Maurer und Steinmetzen in Tokio Tagelöhne von 1 bis 1½ Yen (a 2,00 Mk.) beziehen. In den Produktionszweigen dagegen, in denen mit moderner Maschinerie Frauen- und Kinderarbeit Eingang gefunden hat, werden wahre Hungerlöhne gezahlt. Namentlich gilt das von der Textilindustrie, deren Arbeiterschaft heute in Japan zu 89 Proz. aus Frauen und Kinderjährigen unter 14 Jahren besteht, und noch mehr von der Zündholzfabrikation, wo die hausindustrielle Tätigkeit neben der Fabrikproduktion einbegeht. Schächner gibt aus beiden Industrien folgende Zahlen aus dem Jahr 1902:

Unternehmung	Bezirg	Löhne in Sen (a 2 Pf.)	
		Erwachzene über 14 Jahren männl. weibl.	Kinderjährig. unter 14 Jahren männl. weibl.
Baumwollspinnerei	Tokio	45	26
	Djafa	35	24
Wollweberei	Tokio	32	22
	Djafa	29	18
Zündholzfabrikation	Reich	27	15
	Djafa	47	21

Die Höchsthöhe der Männer erreichen in diesen Industrien also nach jenem Gelde noch nicht 1 Mk. pro Tag; 60—90 Pf. sind Durchschnittslöhne. Die Frauen bringen es in der Regel nur auf die Hälfte und die kindliche Arbeitskraft wird für 15—30 Pf. pro Tag gefaßt.

So relativ niedrig nun auch die Lebensmittelpreise im Vergleich zu westeuropäischen Verhältnissen sind, so ist es doch ganz unmöglich, mit den bezeichneten Löhnen eine ausreichende Ernährung und die sonst notwendigen Unterhaltsmittel zu beschaffen. Ueber Nahrung, Wohnung und Kleidung der japanischen Arbeiterbevölkerung im allgemeinen sagt Schächner: „Die Nahrung bilden heute noch vorwiegend Vegetabilien, die Wohnung ist ein mit Matten bedeckter leerer Raum mit einigen Schlafpolstern, der die ganze Familie aufnimmt, die Kleidung — bei Männern wie Frauen — eine mit der Jahreszeit wechselnde Anzahl von Kimono (lastantartiges weites Kleid) oder ein inbigblaues Baumwollgewand, eine Kopfbedeckung fehlt, an Unterkleidern wird gewöhnlich nur ein Hemd getragen, die Füße sind weiß, selbst im Winter nackt, an den Sohlen häftet der Holzschuh oder die Strohhantale, zur Erwärmung dient ein dürftiges Holzkohlenbeden.“

Nach Untersuchungen der deutschen Ärzte Dr. Kellner und Mori sind zur Befreiung einer physiologisch eben ausreichenden Ernährung in Japan etwa 25 Sen (= 50 Pf.) nötig. Eine solche durch Beigabe von Fleisch eiweißhaltiger gemachte Nahrung ist aber nur von bemittelten Gewerbetreibenden und besseren Handwerkern zu erschwingen. Die Masse der Lohnarbeiter kann sie sich nicht leisten, sie muß mit täglichen Verpflegungssätzen von 10 Sen und weniger rechnen. Infolgedessen zehrt — wie Schächner bemerkt — „die größte Anzahl der Industriearbeiter und besonders der Arbeiterinnen an ihrer Lebenskraft; sie ist für Krankheiten sehr empfänglich, fällt ihrem Beruf bald zum Opfer oder ist eine frühe Last der heranwachsenden Nachkommenschaft, da sie eben kaum zur notwendigen Ernährung, noch viel weniger zum Sparen die Möglichkeit besitzt.“

Eine weitere schwere Schädigung der Gesundheit der japanischen Arbeiter liegt in der allzu langen Arbeitsdauer. Die meisten Fabrikanten lassen ihre Maschinen Tag und Nacht laufen, woraus sich bei einmaligem Schichtwechsel eine Arbeitszeit von 12 Stunden ergibt, die nur durch sehr dürftige unregelmäßige Pausen zur Esseneinnahme unterbrochen wird. Die Nachtschicht wird nicht besser bezahlt wie die Tagsschicht, und die Arbeiter, die die Nacht hindurch gearbeitet haben, gehen oft noch einen Teil des Tages auf Nebenbetrieb aus. Dazu kommt noch der Mangel eines wöchentlichen Ruhetages. Die japanisch-chinesische Welt kennt keinen Sonntag, tagaus, tagein wird gearbeitet, selbst die höchsten Festtage werden nicht allgemein durch Arbeitsruhe gefeiert. Der japanische Arbeiter sucht sich durch öfteres Blaumachen gegen diese ununterbrochene Arbeitsqual zu wehren; um diesem will-



fürlichen Pauseren zu begegnen, sehen sich jetzt die Fabrikanten veranlaßt, mehr und mehr den 1. und 15. des Monats als Ruhetag freizugeben.

Wie der Unternehmer darauf bedacht ist, die Produktion durch möglichst ununterbrochene Ausnutzung des in Gebäuden, Maschinen usw. investierten Kapitals zu verbilligen, so sucht er auch alle Unkosten, die ihm besondere Vorkehrungen zum Schutz von Leben und Gesundheit seiner Arbeitsflaven verursachen könnten, zu vermeiden. In maschinellen Betrieben ist nirgends, selbst nicht in staatlichen Betrieben, Schutz vor Transmmissionen und anderen gefährlichen Maschinenteilen, in den Gängen suchen die Schwefelämpfe des Besserungsprozesses vergeblich einen Ausweg. Die schlimmsten Verhältnisse herrschen im Bergbau: in langen Gängen, die kein Aufrechtstehen gestatten und ohne Verballung in die Tiefe führen, muß der Arbeiter seinem färglichen Verdienst nachgehen. — Ein Bild traurigster Art aber bilden die Zündholzfabriken: Mütter mit Säuglingen, junge Mädchen und Kinder bis zu 3 Jahren herab arbeiten in den hölzernen Baracken fieberhaft an ihrem Tagespensum, die Ofen stehen dicht an den hölzernen Wänden, die Frauen fröhnen dem Tabackgenuß und leeren die Pfeifen in unvorsichtiger Weise, die Dünste des Brennstoffes und der Oele verderben die Luft — ein Bild des sozialpolitisch noch nicht erwachten Staates, der zu alledem schweigt.

Der Staat schweigt zu alledem! Warum? — weil die Staatsgewalt ganz in der Hand der besitzenden Klassen ist. Das Wahlrecht zu der gesetzgebenden Körperschaft ist an einen relativ hohen Jenus geknüpft, so daß die große Masse des Volkes völlig einflußlos ist auf die Gesetzgebung und Verwaltung. „Der Staat hält mit Polizeibestimmungen aller Art wirtschaftliche Bewegungen der unteren Klassen nieder, während seine Gesetzgebung nur der Klassen gedenkt, auf die sich seine Regierung stützt, der Kapitalisten und Unternehmer aller Art“ — sagt Schachner. Wie begründet dieses Urteil ist, zeigt der Inhalt und das Schicksal eines von der Regierung vor vier Jahren ausgearbeiteten Arbeiterschutzgesetzesentwurfs, den diese aber bis heute nicht gewagt hat, dem Parlament vorzulegen, nachdem sich die Industriellen beim ersten Bekanntwerden der geplanten Bestimmungen in der Tagespresse heftig dagegen gewandt hatten.

Und doch waren diese Bestimmungen äußerst bescheidener Natur. Die industrielle Ausbeutung von Kindern unter 11 Jahren sollte etappenweise beseitigt werden, so daß das Verbot für 8jährige Kinder erst 2 Jahre nach Verkündung des Gesetzes, für 9jährige erst 3 Jahre und für 10jährige erst 5 Jahre danach in Kraft treten sollte. Ferner sollte für jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren und für Frauen eine Maximalarbeitsdauer von 14 bis 15 Stunden ausgeprochen, die Nachtarbeit nach 10 Uhr abends verboten, sowie Ess- und Ruhepausen von zusammen 1½ Stunden und monatlich 2 Ruhetage gesetzlich festgelegt werden. Außerdem waren Kranheits- und Unfallfürsorge und Bestimmungen zum Schutz von Gesundheit und Moral des Arbeiters vorgesehen. Diese geringen Maßnahmen zum Schutz der Volkskraft gingen dem Unternehmertum aber schon viel zu weit. Man prophezeite den Untergang der „nationalen“ Industrie und schüchelte die Regierung soweit ein, daß sie ihren Entwurf bis heute in der Tasche behielt.

Statt dessen hat die japanische Staatsleitung die Volksmasse nach berühmten Muster in den Jahren nach dem Kriege mit einer ungeheueren Last indirekter Steuern beglückt. Die unentbehrlichsten Nahrungsmittel und sonstigen Bedarfsartikel der Masse sind mit erhöhten Einfuhrsteuern belegt worden, so daß sie jetzt eine Auflage von 25 Proz. und mehr ihres Wertes tragen. Die Folge ist eine Verteuerung des gesamten Lebensunterhalts, die die ärmere Bevölkerung zu einem noch elenderen Dasein verurteilt als vormals.

Will die japanische Arbeiterklasse diesem Druck durch Unternehmertum und Staat nicht unterliegen, so bleibt ihr nur ein Mittel: Selbsthilfe durch Organisation. Diese Einsicht bricht sich denn auch zusehends Bahn in den Köpfen der industriellen Arbeiter Japans. Die allgemeine Schulbildung und der Einfluß der Militärszeit helfen mit, die aus der patriarchalischen Zeit übernommene gebanten- und willenlose Untertunigkeit der unteren Schichten ins Wanken zu bringen. Die schärfsten Verordnungen und die brutalsten Polizeimaßregeln haben die Anfänge einer politischen- und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung nicht unterdrücken können. So haben sich 1898 die japanischen Eisenbahner anläßlich eines Streiks zu einer Organisation zusammengeschlossen. Auch die Buchdrucker haben einen Fachverein, der schon schwere Kämpfe durchgemacht hat. Die bedeutendste Organisation ist der Maschinenarbeiterverein von 1897, der die Arbeiter der Schiffswerfte, Arsenale und Maschinenfabriken umfaßt. Von letzterem sagt Schachner: „Der Maschinenarbeiterverein hat die Tendenzen der deut-

schon Sozialdemokratie aufgegriffen und vertritt sie in einem eigenen Organ „Die Arbeiterwelt“.

Schachner ist, wie aus einigen seiner Äußerungen hervorgeht, ein Gegner der Sozialdemokratie. Um so mehr können wir uns freuen über das Prognostikon, das er der sozialdemokratischen Bewegung in Japan mit folgenden Worten ausstellt: „Wenn die Regierung in ihrem jeder Sozialpolitik abholden Verhalten und ihrer arbeitserfeindlichen Finanzgesetzgebung fortfährt, so wird sie in Wäde eine starke sozialdemokratische Bewegung entstehen sehen; denn es sind alle Anzeichen da, daß die japanischen Arbeiter den Grad wirtschaftlicher und politischer Indolenz, mit dem sie bis jetzt alle Gesetze und Maßregeln der Regierung entgegennahmen, denn doch überwunden haben.“

Wir sind gewiß, daß die Arbeiterschaft Japans in der Tat den eingeschlagenen Weg mit der diesem Volke innewohnenden Energie weiter verfolgen wird, und die Delegation, die sie zum Stuttgarter Kongreß entsendet hat, wird von dort die Ueberzeugung mitnehmen, daß das Band hülfsbereiter Solidarität, das die kämpfende Arbeiterklasse aller Länder umschlingt, auch für sie im schweren Kampf sich allezeit bewähren wird.

**Korrespondenzen.**

**Vor Annahme von Arbeit in Göppingen, Herford in Westfalen, Bremen und Kassel ist zuvor beim örtlichen Bevollmächtigten Erkundigung nach den Arbeitsbedingungen usw. einzuholen.**

Wittgensdorf i. S. 8 von den 10 bei der Firma Nestler in Wittgensdorf beschäftigte Kartonnagenarbeiter hatten an die Geschäftsleitung das Verlangen gestellt, den in Limbacher gültigen Tarif zur Einführung zu bringen. Diese Bewegung endete mit einem Erfolge für unsere Kollegen, indem 4 von diesen eine Lohnzulage von je 1 Mk., 3 von je 2 Mk. und einer eine solche von 3 Mk. pro Woche erhielt. Diese Lohnerhöhungen bedeuten eine Gleichstellung mit dem Limbacher Tarif.

Infolge Arbeitermangel bewegt sich das Lohnniveau in der Limbacher Gegend zurzeit um 2 bis 3 Mk. über dem Tariflohn. Arbeitslosen Kartonnagenarbeitern kann darum nur angeraten werden, nach dort Stellung anzunehmen. Der Vorsitzende unserer dortigen, 85 Personen zählenden Mitgliederschaft weist solchen Kollegen, welche dort Arbeit nehmen wollen, solche nach. Man erkundige sich bei ihm.

**Fürth.** Ihre publizistische Gewissenhaftigkeit zeigt die bürgerliche Presse durch folgende Registrierung:

„Die Kartonnagenfabrik von Th. Walter gab aus Anlaß der Vermählung des Sohnes des Geschäftsinhabers am Samstagabend im Stenzschen Saale dem gesamten Personale ein Festessen. Gesangs- und humoristische Vorträge sorgten für Unterhaltung, und ein Tanzchen erhöhte noch das ungezwungene und lebhafteste gesellige Treiben. Es zeigte sich hierbei, daß ein sehr gutes Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in genanntem Geschäft herrscht. Erst in früher Morgenstunde trennte man sich mit dem Wunsche, noch recht oft solche vergnügten Stunden miteinander erleben zu können.“

Eingeweichte werden den Wunsch, noch recht oft solche vergnügten Stunden miteinander zu erleben, wohl begreifen. Sie sind recht dünn gesät im Betriebe der Kartonnagenfabrik Th. Walter, diese vergnügten Stunden. Schon oft sah sich die Arbeiterpresse genötigt, über die Behandlung der bei Walter beschäftigten Arbeiterinnen zu klagen. Die Frau Meisterin, Verzeihung: Frau Fabrikantin, schwingt ihr Peptor mit besonderer Energie gegen die Organisation. Sie hat die größte Freude an dem „guten Einvernehmen“. Wer ihr von den Arbeiterinnen darin nicht beipflichtet und es magt, erträglichere Verhältnisse mit herbeizuführen, dem schafft sie „vergnügten Stunden“ durch Titulaturen wie „Verbandsheftel“, „Saalbaukiesl“, „Ich werde von euch eine nach der andern herauschmeißen, die im Verbandsheftel!“ Wagen sich die Arbeiterinnen trotzdem, eine Besprechung über das „gute Einvernehmen“ abzuhalten, so sucht die Frau Meisterin sich tags darauf irgendeine bei ihr beschäftigte Frau heraus und schreibt sie an: „Du schlechtes Weibsbild hast diese Versammlung angestiftet!“ Frau Walter ist also mit der bürgerlichen Lokalpresse allein, die von dem guten Einvernehmen etwas weiß, während auf der anderen Seite der Wunsch gehet, recht oft vergnügten Stunden miteinander erleben zu können.

**Lahr.** Der Leitartikel in der „Buchbinderzeitung“ vom 27. Juli veranlaßt mich, einige Zeilen dazu zu schreiben. Die Lahrer Verhältnisse der Kartonnagenindustrie liegen mir noch sehr nahe vor Augen, denn vom meinem 5. bis zum 17. Lebensjahre habe ich am sogenannten Lädletisch gefessen, wenn andre sich im Walde ergingen oder sonstige Lustig machten, und habe gearbeitet von früh bis spät. Vormittags ging's zur Schule, nachmittags von ½2—6 Uhr an die Arbeit. Dann essen und gleich wieder an den Lädletisch bis 10 Uhr und dann konnte man vor Schlaf umfallen, eher ging es nicht ins Bett. Vater und Mutter haben weiter gearbeitet bis 11 oder 12 Uhr und noch länger, und was haben wir verdient! Mutter mit uns drei Jungen — abends hat Vater auch noch geholfen — sage und schreibe 2 Mk., wenn es gut ging 2,50 Mk. In den Sommerferien ging's von morgens bis abends. Jeden Tag mußten 500 Fibernschachteln geliefert werden, und da haben wir einen ganzen Taler verdient zu vier Mann! Das war aber auch unsere liebste Arbeit, wo wir das meiste verdienten. Schachtelmacher mit eigenen und fremden Kindern kann man beinahe in jedem Hause finden, aber was nützt es, wenn die Familienväter nicht mehr verdienen wie 17—18 Mk. die Woche bei elfstündiger Arbeitszeit. Ferner muß — wie in der Zeitung stand und ich alles bestätigen muß — für Material selbst geforgt werden. Ein Pfund Leim 20 Pf., im Monat 6—8 Pfund, Spiritus muß den ganzen Tag brennen, die Pinsel muß man selbst kaufen. Die Miete — zwei Stuben hat allerdings jeder — vierteljährlich 30 Mk. Feuerung brauchten wir für zirka 60 Mk. und sonst noch Kleinigkeiten, die man nicht berechnet. Was nun aber dagegen zu tun ist, das weiß wohl jeder, der auf dem Standpunkt der modernen Arbeiterbewegung steht. Aber was die Lahrer sind, die verlassen sich noch sehr viel auf den lieben Gott. Der Kriegerverein zählt ein paar hundert Mitglieder, der katholische Gesellenverein auch eine Masse und viele andere Klimbimvereine; wo soll denn da noch Geld herkommen zur Verbesserung ihrer Lebenslage für die Organisation. Eins muß verlangt werden, daß den Lahrern mehr Agitationsredner gestellt werden. Denn in Lahr ist es nicht wie in einer andern Stadt. Diese können ihre Redner nicht selbst groß ziehen. Solange der Verband nicht zur Macht gelangt ist, heißt es, den Mund halten. Wese dem, der sich erlaubt, eine öffentliche Rede zu halten, der liegt am andern Tage unsehbar auf dem Pflaster und kommt so leicht nirgends mehr hinein. Als ich vor drei Jahren in Lahr war, wurde mir von den Kollegen geklagt, daß ihnen Agitationsredner verweigert seien. Das ist ein großer Fehler. Nach Lahr müßte alle paar Wochen einer hingeschickt werden, ohne nachzulassen. Denn was die Lahrer erst einmal ergriffen haben, das halten sie dann auch fest. Also auf, daß den Lahrern in absehbarer Zeit auch bessere Tage blühen. Denn wenn der Mann Sonnabends mit einem gepackten Portemonnaie zu Hause kommt, dann hört die traurige Kinder-Heimarbeit von selber auf.

R. Sch. in Berlin.

**Offenbach a. M.** Unsere Generalversammlung tagte am 22. Juli. Der Besuch ließ angesichts des Umstandes, daß wir den Weg der brieflichen Einladung gewählt hatten, zu wünschen übrig. Die Tagesordnung enthielt außer den Quartalsberichten noch die Punkte Berichtserstattung vom Verbandsstag und Aufnahme einer Statistik. Die Tätigkeit des Vorstandes und der Agitationskommission war eine sehr rege, allerdings haben sich von letzterer sehr wenige energisch daran beteiligt. Unterstützt durch den Kollegen Groenhoff wurden in den größeren Firmen Werkstube-Versammlungen abgehalten, außerdem wurden die Kollegen und Kolleginnen der Kartonnagen-Industrie durch Hausgagitation bearbeitet. Sodann hielt Kollege Groenhoff zwei öffentliche Versammlungen ab. Die Mitgliederbewegung ist folgende: Bestand am Schlusse des ersten Quartals 65 männliche und 36 weibliche; eingetreten sieben männliche und 21 weibliche, zugereist neun männliche Mitglieder. Vier männliche sind abgereist, sieben männliche und acht weibliche gefrieden nach § 15a, ein männliches übertragen zum Portefeuilier-Verband, vier weibliche ausgetreten und ein männliches gestorben, so daß ein Bestand von 68 männlichen und 45 weiblichen Mitgliedern verbleibt. Zur Agitation ist noch zu bemerken, daß auch das Grauphische Kartell in die Agitation eingriff und wir auch in Steinbrudereien durch Werkstubeversammlungen einige Aufnahmen erzielten.

Der Kassenbericht ergab, daß die Zentralkasse eine Einnahme von 812,25 Mk. und eine Ausgabe von 521,10 Mk. aufwies. Die Lokalkasse weist einen Bestand von 100,40 Mk. auf.

Getrost-Frankfurt erstattete den Bericht vom Verbandsstag in sehr objektiver und verständlicher Weise. Zu begrüßen sind die Beschlüsse in bezug auf die Agitation, und hofft Redner, daß auch nach Frankfurt ein Agitationsbeamter käme, der außer seiner Hausgagitation besonders in Frankfurt-Offenbach ein reiches Arbeitsfeld vorfinde. Ueber den zweiten Teil des Berichtes betreffend Beitrag und

Unterstützungsfrage wird in nächster Versammlung referiert. Seitens des Graphischen Kartells liegt eine Statistik vor, um Unterlage für eine fruchtbringende Agitation zu haben, gleichzeitig aber auch um bei Gelegenheit der bevorstehenden Lohnbewegung der Steindrucker und Lithographen gemeinsam vorgehen zu können.

Kollegen und Kolleginnen von Offenbach! Erkennt auch Ihr, daß der Kampf der Arbeiterklasse ein immer schärferer wird. Gemuert über die schlechten Lohnverhältnisse wird oft genug, aber noch niemals sind die gebatenden Tauben der Arbeiterklasse in den Mund geflogen. Seht wie überall in Deutschland die Arbeiterschaft erwacht. Nur der Verband steht Euch in die Lage, bessere Löhne und menschenwürdige Behandlung zu erkämpfen. Darum agitiert überall für Eure Organisation.

**Breslau.** Die am 27. Juli abgehaltene Generalversammlung hatte unter sehr schlechtem Besuch zu leiden. Den Geschäftsbericht erstattete der zweite Vorsitzende Neugebauer. Im zweiten Quartal wurden eine General-, drei Mitglieder-, zwei Werkstüberversammlungen und drei Vorstandssitzungen abgehalten. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des ersten Quartals 169 und am Schlusse des zweiten Quartals 180 Mitglieder. Den Kassenbericht gab Scholz. Die gesamte Einnahme betrug 915 Mk., die Ausgabe betrug 710 Mk.

Den Gaubericht erstattete Jahn. Der Gau zählte am Schlusse des zweiten Quartals 23 Mitglieder. Die Einnahmen des Gau's betragen 180,16 Mk., und die Ausgaben betragen 119,98 Mk.

Die Ersatzwahlen zum Vorstande zeitigten Feiertag als zweiten Vorsitzenden und Kleiner als Kassierer. Zum Schriftführer wurde Scheu und zum Bibliothekar Rippol gewählt.

**München.** In der Quartalsversammlung vom 27. Juli erstattete König den Kassen- und Rechenschaftsbericht vom 2. Quartal. Die Verbandskasse bilanziert in Einnahmen und Ausgaben mit 4031,51 Mk. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 1301,09 Mk., denen an Ausgaben 1276,77 Mk. gegenüberstehen. Der Lokalunterstützungsfonds hatte einen Bestand von 1018,60 Mk. An Unterstützungen aus diesem Fonds wurden 31 Mk. ausbezahlt. Die Mitgliederbewegung weist eine Abnahme auf, welcher entgegenzutreten Aufgabe jedes Mitgliedes sein muß. Von den männlichen Mitgliedern sind im 2. Quartal ausgetreten 3, abgereist 20, ausgeschliffen nach § 15 a 12 Mitglieder. Neu eingetretten sind 15, wiederholt eingetretten 2, zugereist 18 Mitglieder. Noch schärfer tritt die Fluktuation bei den weiblichen Mitgliedern zutage, und wird es Hauptaufgabe der mit der Agitation betrauten Kollegen sein, die Gründe derselben zu erforschen, um Abhilfe zu schaffen, wozu besonders die Beschlüsse in bezug auf Unterstützungsweisen auf dem letzten Verbandstag geeignet sind. Ausgetreten sind 19 weibliche Mitglieder, ausgeschlossen nach § 15a 68, abgemeldet nach § 7 und 12 40, abgereist 4, eingetretten 75, zugereist 2, übergetreten 3 = 80 Mitglieder. Der Gesamtmitgliederbestand betrug am Schlusse des 1. Quartals 327 männliche und 606 weibliche = 933 Mitglieder, am Schlusse des 2. Quartals 318 männliche und 581 weibliche = 899 Mitglieder. Die Geschäfte der Zahlstelle wurden erledigt in 7 Versammlungen, 11 Ausschuß- und kombinierten Sitzungen und 15 Werkstüberversammlungen, davon 3 mit dem Buchdruckerhilfsarbeiter-Verband. Die Frequenz des Arbeitsnachweises war folgende: Stellenangebote 48 männliche und 97 weibliche = 145 Stellen. Stellengesuche 118 männliche und 146 weibliche = 264 Stellen. Besetzt wurden 42 männliche und 79 weibliche = 121 Stellen. Nach auswärts wurden 2 männliche und 9 weibliche Stellen vermittelt. An Arbeitslosenunterstützung wurden im 2. Quartal 740,62 Mk. aus der Verbandskasse an 114 männliche Mitglieder mit 920 arbeitslosen Tagen und an 143 weibliche Mitglieder mit 961 Tagen gezahlt.

Die Bibliothek war geöffnet an 11 Samstagen, und wurden 82 Bücher an 53 männliche und 4 weibliche Mitglieder ausgeliehen. Die Einnahmen betragen 66,14 Mk., die Ausgaben 7,50 Mk. Zum wiederholten Male wurde in der Diskussion dem Wünsche Ausdruck gegeben, daß mehr Neuausstattungen gemacht und die alten Bücher anderen Bibliotheken überwiesen werden sollen.

Die Abrechnung vom Sommerfest ergab an Einnahmen 195,10 Mk., an Ausgaben 194,46 Mk. Sodann referierte Wimmer über die Gründung eines graphischen Kartells. Die Vorarbeiten zu einem solchen sind bereits soweit gediehen, daß in nächster Zeit sich eine öffentliche Versammlung mit den endgültigen Maßnahmen zu beschließen hat. Es wurde von mehreren Rednern der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß das Kartell eine richtige Interessensvertretung der graphischen Verufe bilden möge. Nachstehender Statutenentwurf fand einstimmige Annahme.

Zwischen den Vertretern der nachstehenden gewerkschaftlichen Verbände:

1. Deutscher Buchbinderverband (Zahlstelle München);
2. Verband der deutschen Buchdrucker (Ortsverein München);
3. Verband der Buch- und Steindruckergilfsarbeiter und Arbeiterinnen (Zahlstelle München);
4. Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandte Berufe (Deutscher Sencelverband) Mitgliedschaft München

wurden heute folgende Vereinbarungen getroffen, die auch die Begutachtung der einzelnen Branchenversammlungen gefunden hat.

Die in den oben angeführten einzelnen Berufen beschäftigten organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen schließen sich zu einem Kartell zusammen.

Der Zweck dieses Kartells soll in erster Linie die Erbringung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsverhältnisse sein.

Zur Erreichung dieses Zweckes ist es notwendig, daß in allen, die graphische Industrie im allgemeinen und die einzelnen Branchen der graphischen Industrie im besonderen berührenden Fragen unter Berücksichtigung aller einschlägigen speziellen Verhältnisse eine gemeinsame Aussprache gepflogen und eine alle Teile befriedigende Lösung fruchtiger Punkte gefunden werden soll.

Als weitere Obliegenheit des Kartells ist zu betrachten, eine möglichst enge Fühlung an allen Orten anzustreben, an denen mehrere Angehörige der graphischen Verufe beschäftigt sind.

Um die Erreichung dieses Zweckes zu ermöglichen, verpflichten sich die oben angeführten Organisationen zu gegenseitiger moralischer und wenn erforderlich auch finanzieller Unterstützung.

Um die in Ziffer 3 vorgesehene Aussprache herbeiführen zu können, wählt jede der in Frage kommenden Organisationen in ihrer Generalversammlung, in der die sonstige Vorstandsschaft gewählt wird, ihre Delegierten, mit der Maßgabe, daß jede Organisation 3 Delegierte zu bestimmen hat.

In äußerst wichtigen Fällen, in denen es sich speziell um die in Ziffer 4 ausgedrückten Punkte handelt, muß außer den Delegierten der einzelnen Organisationen noch ein Vorstandsmitglied mit beratender und beschließender Stimme an den Verhandlungen teilnehmen.

Zur Regelung der geschäftlichen Obliegenheiten wählen die Delegierten alljährlich aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und einen Schriftführer, und zwar in der ersten Zusammenkunft des Jahres.

Der Vorsitzende vertritt das ganze Kartell in allen Angelegenheiten und ordnet die notwendigen Zusammenkünfte an, etwa notwendig werdende Kassengeschäfte können dem Vorsitzenden übertragen werden. Dem Schriftführer obliegen alle schriftlichen Arbeiten. Die Delegierten haben alljährlich über ihre Tätigkeit in den Organisationen Bericht zu erstatten.

Die Zusammenkünfte finden regelmäßig in jedem Kalendervierteljahr statt, in außerordentlich dringenden Fällen sofort, mindestens innerhalbd drei Tagen.

Gegenstände, die im graphischen Kartell zur Sprache kommen sollen, haben die einzelnen Delegierten sofort dem Vorsitzenden mitzuteilen, der dann die notwendigen Schritte umgehend zu veranlassen hat.

**Dresden.** In der am Sonnabend, den 27. Juli, stattgefundenen Quartalsversammlung gab der Vorsitzende B. Kohl den Bericht vom geschäftsreichen zweiten Quartal. Am Schlusse des ersten Quartals waren 419 männliche und 670 weibliche Mitglieder vorhanden, zusammen 1089 Mitglieder. Davon sind im Laufe des zweiten Quartals abgereist, ausgetreten, ausgeschlossen und gestorben zusammen 94 Mitglieder. Eingetretten sind im zweiten Quartal 36 männliche und 66 weibliche, zugereist sind 13, aus anderem Verband übergetreten 4, so daß am Schlusse des zweiten Quartals 427 männliche und 687 weibliche, zusammen 1114 Mitglieder, zu verzeichnen waren. Versammlungen fanden im zweiten Quartal vier statt. Auch an Vergütigungen hat es nicht gefehlt, darunter eine größere Schweigepartie mit Extrazug, woran sich gegen 400 Personen beteiligten.

Aus dem Kassenbericht entnehmen wir folgendes: Gesamteinnahme 5295,77 Mk. An die Verbandskasse wurden 2500 Mk. gefandt. Unter anderem wurde verausgabt für Arbeitslosenunterstützung an männliche Mitglieder 322,50 Mk., an weibliche Mitglieder 26,25 Mk. Für Gemäßregelunterstützung 900 Mk.,

für Krankenunterstützung 369,20 Mk. Arbeitslos meldeten sich im zweiten Quartal 68 männliche und 96 weibliche Mitglieder. Stellung erhielten durch den Arbeitsnachweis 24 männliche und 30 weibliche Mitglieder; 55 erhielten anderweitig Stellung, die übrigen sind teilweise abgereist und auch wegen Nichtmeldung gestrichen worden.

Auch die Bibliothek erfreute sich eines regen Zuspruchs, was wohl auf die Herausgabe eines gedruckten Verzeichnisses zurückzuführen ist. Ausgeliehen wurden aus derselben 80 Bände an männliche und 20 Bände an weibliche Mitglieder.

Unter Gewerkschaftliches teilt der Vorsitzende verschiedenes von den Unternehmern der Kartonnagenbranche mit. Da dieselben sich immer mehr zusammenschließen, um ihren schlecht bezahlten Arbeitern den Broterwerb noch höher zu hängen, ist es Pflicht aller in der Kartonnagenbranche Beschäftigten, sich dem Verband anzuschließen, um endlich einmal bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse in dieser Branche zu erreichen. Zu hoffen ist, daß durch die Einführung des Staffelleistages sich alle in dieser Branche Beschäftigten dem Verbande anschließen werden. Nicht unbegründet dürfte auch die Ansicht sein, daß die schlechten Lohnverhältnisse die Arbeiterinnen selbst verschuldet haben, indem sie sich alles bieten lassen, statt dem Unternehmer energisch entgegen zu treten. Im weiteren wurde auf die Luxuskartonnagenfabrik von Reifner & Co. hingewiesen, welche durch die fortgeschritten Lohnreduzierungen keine Arbeiter mehr bekommt.

**Erfurt.** Am 27. Juli fand unsere Generalversammlung statt, welche aus 3 Neuaufnahmen brachte. Der Kassenbericht zeitigte: Verbandskasse: Einnahme 257,76 Mk., Ausgabe 95,02 Mk.; Lokalkasse: Einnahme 370,34 Mk., Ausgabe 39,63 Mk. Der Mitgliederbestand ist zurzeit 34 männliche und 1 weibliche.

In den Gauvorstand wurden die Kollegen Thiele, Hode und Walther gewählt.

**Heilbronn.** Auf der Tagesordnung der Versammlung der Linierer am 29. Juli stand als wichtigster Punkt: Gründung einer Liniersektion. Benzl führte an, daß der in einer früheren öffentlichen Versammlung von Heißte gestellte Antrag betr. Gründung einer Liniersektion einstimmig angenommen worden sei. Die Versammlungen der Liniersektion, welche alle 4 Wochen stattfinden, sollen den Zweck haben, sämtliche hier noch fernstehende Kollegen der Organisation zuzuführen, wie in Hannover, wo eine solche Sektion schon besteht. Wenn wir stark genug sind, können wir dann auch einen Druck auf die indifferenten Buchbinder ausüben. Hirzel jun. führte aus, daß die seitherigen Buchbinderversammlungen durch die Sektionsversammlungen nicht vernachlässigt werden dürfen. Auch wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die uns noch fernstehenden Kollegen zu der nächsten Versammlung schriftlich eingeladen werden.

Alsdann wurde Köhler als Vorsitzender, Hirzel jun. als Schriftführer gewählt. Die erste Mitgliederversammlung findet am 19. August statt.

**Lübeck.** In unserer am 3. August stattgefundenen Mitgliederversammlung erstattete Küster-Hamburg Bericht über den Verbandstag. Redner verstand es, in 1½stündigem Vortrag den Anwesenden in klarer, jadscher Weise den Verlauf der Verhandlungen zu schildern. Die Diskussion war sehr lebhaft. Im allgemeinen waren die Kollegen mit den Beschlüssen einverstanden. Nur die Staffelleistungsfrage Anlaß zur Kritik. Man vermehrte die Mittelgabe, nämlich einen Beitrag von 35 oder 40 Pf., so daß das Beschlossene eigentlich keinen Staffelleistungen, sondern mehr Klassenbeiträgen gleichkommt. Durch die Einführung der Krankenunterstützung waren die Befürworter derselben zufrieden gestellt. — Die hiesigen Kollegen verurteilten die Gleichgültigkeit unseres Gauvorsitzenden, da derselbe es nicht für nötig gehalten hat, auf ein Schreiben vom 16. Juli zu antworten. — Bei der Beratung über eine eventuelle Lohnbewegung wurde eine viergliedrige Kommission gewählt, die in Gemeinschaft mit dem Vorstand die nötigen Vorbereitungen treffen soll. — Kollegen und Kolleginnen! Jetzt gilt es, zu zeigen, daß es Euch mit dem Bestreben nach Verbesserung Eurer Lage ernst ist. Besucht darum die Versammlungen regelmäßig alle 14 Tage, denn jetzt heißt es: „Energie macht stark!“

**Gelsenkirchen.** Auch Gelsenkirchen muß einmal etwas von sich hören lassen, damit niemand glaube, hier sei die Stadt, in der Milch und Honig fließt. In verschiedenen hiesigen Buchdruckereien werden die Buchbinder als zweifelhafte Arbeiter betrachtet und auch behandelt. So besteht in der „Schaffner Zeitung“ für Buchbinder noch immer die 9½stündige Arbeitszeit, während die Buchdrucker eine halbe Stunde früher nach Hause gehen können. Bei Vergmann (Einrahmgeschäft) müssen die Buchbinder sogar 10 Stunden arbeiten, während den Buchdruckern schon sehr lange die 9stündige Arbeitszeit zuerkannt ist. Nun sollte man meinen, daß die Kollegen gerade



in diesen Firmen sich uns anschließen würden. Aber weit gefehlt. Trotz mehrfacher Einladung sind dieselben nicht zu bewegen, unsere Versammlungen zu besuchen. Unsere Lohnbewegung mußten wir ja leider zu Anfang dieses Jahres fallen lassen. Es fehlte uns damals an geeigneten Führern. Doch den Mut haben wir deshalb noch lange nicht verloren, denn dafür sorgen ja unsere Herren Unternehmer. Ein Entgegenkommen seitens dieser haben wir nicht zu erwarten, und daher wollen wir mit der Selbsthilfe mehr rechnen. Die Lebensverhältnisse sind hier im Buchenrevier wohl die teuersten mit. Die Unternehmer sehen dies auch ein und lassen sich die Arbeiten gut bezahlen. Darum müssen alle Kollegen im ganzen Buchenrevier sich dem Deutschen Buchbinderverbande anschließen. Den Nutzen werden sie sehr bald einsehen.

**Bundschau.**

**Die Spargelder seiner Arbeitskollegen unter-** schlagen hatte der Vertrauensmann Lötter unserer Berliner Zahlstelle. Er hatte sich deswegen und wegen Urkundenfälschung kürzlich vor der ersten Ferienstrafkammer des Landgerichts II in Moabit zu verantworten. Der Angeklagte war als Buchbinder in der Vaterländischen Druck- und Verlagsanstalt tätig und verwaltete dort die Spargasse der Angestellten, außerdem hatte er als Vertrauensmann die Verbandsbeiträge einzufassen. In dieser Stellung täuschte er das Vertrauen seiner Kollegen dadurch, daß er sowohl von den Spargeldern, wie auch von den Verbandsbeiträgen im ganzen etwa 400 Mk. für sich verbrauchte und die Fehlbeträge durch gefälschte Quittungen und Listen verschleierte. Einzelne Arbeiterinnen sind dadurch um 60 Mk. und mehr betrogen worden. In der Verhandlung gestand der Angeklagte die ihm zur Last gelegten Unterschlagungen und Urkundenfälschungen zu. Er wurde zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

**Auf der Internationalen Buchbinder-Konferenz** wurde bekanntlich unser Verbandsvorsitzender als Internationaler Buchbinder-Sekretär gewählt und beauftragt, ein Statut für das Sekretariat auszuarbeiten. Kollege Klotz hat dem bereits nachgekommen und hat einen diesbezüglichen Entwurf nebst dem Entwurf eines Gegenseitigkeitsvertrags an die beteiligten Verbände versandt. In einem Begleitschreiben werden letztere zur Rücküberlegung und Begutachtung aufgefordert. Voraussetzlich tritt Statut und Gegenseitigkeitsvertrag am 1. Januar 1908 in Kraft.

**Eine verrückte Idee** kam in einer Versammlung der „Library Association“ in London kürzlich zum Ausdruck. Eine dort zur allgemeinen Kenntnis gebrachte Denkschrift befaßte sich mit dem Buch der Zukunft, indem sie eine vollständige Umänderung in Form und Aussehen unseres heutigen Buches forderte. „Das Buch“, so hieß es nach einem Bericht des „Strand Magazine“ in der Denkschrift, „steht heute noch so aus, wie es vor 1500 Jahren ausah. Es gab im Altertum dicke Bücher in Folio und in Quart, und es gibt auch heute noch dicke Bücher in Folio und in Quart, nur daß sie nicht mehr ganz so dickleibig sind wie früher; aber mögen die Bücher nun groß oder klein sein, immer noch werden sie nach derselben Methode und nach derselben Seite geöffnet, immer noch sind sie nach der alten Methode genäht und gebunden, immer noch sind sie häßlich, plump und überall im Wege. (!) Sollen die Behälter der Weltliteratur sich immer gleich bleiben? Hat die Menschheit hinsichtlich der Form des Buches ihre Erfindungskraft erschöpft?“ Ein Erfinder in Südafrika, J. M. Cumming, ließ sich durch diese Wünsche und Mahnungen bestimmen, eine neue Art „Literaturbehälter“ (man scheut sich, so etwas Buch zu nennen) zu erfinden. Sein Buch gleicht der Rapphustrolche des Altertums und wird durch eine im Innern befindliche Feder, die mit einer nur durch die Geschicklichkeit des Lesers regulierten Geschwindigkeit die Druckseiten rückwärts und vorwärts wendet, in Bewegung gesetzt. Eine überraschende Eigentümlichkeit dieser neuen Buchform ist das Inbalsregulieren, das sich als eine Art Uhr neben der Rolle befindet. Man braucht nur eine Feder des Registers in einer bestimmten Weise zu drücken, und es erscheint vor den Augen des Lesers sofort ein gewisses Kapitel oder eine gewünschte Seite. Nach diesem hätten wir also mit der Möglichkeit zu rechnen, daß es mit dem ehrsamem Handwerk der Buchbinder bald ganz aus sein wird. Schloffer und Mechaniker werden an deren Stelle treten und sich als die „Jaungäule der Wissenschaft“ stipulieren. Annehmbar ist weiter noch der Vorschlag der „Fürther Bürgerzeitung“, die da meint, vielleicht kann man mit Herrn J. M. Cumming aus Südafrika sprechen, daß er noch irgend etwas dazu erfindet, wodurch einem das beschwerliche Lesen im „Buchgefäß“, das ja auch noch nach der alten Mode geschieht, erleichtert wird.

**Das Antigerichtsgesetz abgetan.** Eine bürgerliche Korrespondenz will wissen, daß durch das

in Aussicht gestellte Reichsvereinsgesetz, das angeblich dem Reichstag gleich bei seinem Zusammentritt zugehen soll, die Bestrebungen gegenstandslos werden, welche auf das Gesetz betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine seit Jahren abzielen, und zu einem Entwurf geführt hatten, den im vergangenen Herbst vor der Reichstagsauflösung Graf Pofadomsky verteidigte, der aber von der großen Mehrheit des Reichstages für „ungenügend“ gehalten wurde und nicht zur Erledigung kam. Daß mit dem nach den Wahlen im neuen Reichstag herbeigetretenen Entschluß des Reichstanzlers, das Vereins- und Versammlungsrecht reichsrechtlich zu regeln, ein besonderes Gesetz über die Berufsvereine entbehrlich werden wird, hat Graf Pofadomsky selbst anerkannt. Er erklärte am 11. April im Reichstage:

„Der Reichstanzler hat ein Vereins- und Versammlungsrecht angekündigt, und ich bin jetzt bei dieser veränderten Sachlage auch der Ansicht, daß es praktischer ist, das Gesetz über die Vereins- und Versammlungsfreiheit in den Vordergrund zu stellen. Wenn dieses Gesetz die Gestalt bekommt, die es meines Erachtens bekommen muß, wenn es überhaupt auf Annahme in diesem Hause rechnen soll, dann wird es eine Kleinigkeit sein, hierbei auch das Recht der Berufsvereine zu regeln.“

Einstweilen verkündet über das Reichsvereins- und Versammlungsgesetz nur das Reichsvereins- und Versammlungsgesetz unter, das es zurzeit kommissarischen Verhandlungen unterliegt und daß es ein Vorauverbote von politischen Versammlungen nicht enthält. Warten wir ab, welche Form das Gesetz hat. Nach der Umsturz-, Zucht- und Berufsvereinsvorlage sind die Erwartungen nicht übermäßig hochgeschwungen.

**Neues zur Buchdrucker-Verordnung.** Die Verordnung bestimmt in Ziffer 3, daß für die bei ihrem Erlaß bereits im Betriebe stehenden Anlagen während der ersten zehn Jahre gewisse Abweichungen von den Vorschriften über den für jeden einzelnen Arbeiter Luftraum von 12 resp. 15 Kubikmeter und über die Höhe der benutzten Räume zugelassen sind. Diese Ausnahmen werden nunmehr durch Beschluß des Bundesrats durch folgende Vorschriften ersetzt: „Abweichungen von den Vorschriften unter Ziffer 13, Absatz 1, 3 können durch die höhere Verwaltungsbehörde für solche Anlagen zugelassen werden, in welchen in der Regel nicht mehr als fünf Arbeiter beschäftigt werden, sofern die für den Betrieb benutzten Räume bereits am 31. Juli 1897 im Besitz des jetzigen Unternehmers oder eines Familienangehörigen gewesen sind.“ Danach muß vom 1. August an in Buchdruckereien der Luftraum überall mindestens 15 Kubikmeter, in Schriftgießereien usw. mindestens 12 Kubikmeter pro Arbeiter betragen. Dagegen werden Ausnahmen von der vorgeschriebenen Höhe der Räume (2,6 bzw. 3 Meter) für Kleinbetriebe auch noch weiter zugelassen, wenn diese bereits vor zehn Jahren in den gleichen Händen gewesen sind. — Diese Ausnahmen hätten sich auch wohl beseitigen lassen.

**Mängel der staatlichen Gewerbeaufsicht.** Der neu erschienene amtliche Bericht über die Gewerbeaufsicht in Preußen läßt erkennen, daß wir trotz der günstigen Wirkung, welche die Tätigkeit der Aufsichtsbeamten in bezug auf die Innehaltung der Schutzvorschriften und die Verbesserung der gesundheitlichen und sonstigen Verhältnisse in den gewerblichen Betrieben gehabt hat, doch noch weit davon entfernt sind, eine wirklich ausreichende Beaufsichtigung der revisionspflichtigen Betriebe zu besitzen. Als Gewerbeaufsichtsbeamte waren am Schlusse des Jahres 1906 257 Beamte und Hilfsarbeiter tätig, von denen 38 auf die Regierungen, die übrigen auf die Lokalverwaltungen entfielen. Das bedeutet gegen das Vorjahr eine Zunahme von 5 Beamten. Die Zahl der revisionspflichtigen fabrikmäßigen Betriebe hat sich dagegen um 5546 erhöht, und betrug im ganzen 135 369. Auf einen Beamten entfielen demgemäß 527 Betriebe (1905: 515). Neben diesen Fabriken und fabrikmäßigen Anlagen gab es außerdem noch 50 783 andere Betriebe, die laut Bundesratsbestimmung besonders zu überwachen waren.

Bei diesem augenscheinlichen Mißverhältnis zwischen Aufsichtspersonal und Zahl der Betriebe kann es nicht wundernehmen, daß von den Betrieben erster Art nur 49,7 Proz. (1905: 49,6), von den zweiten Art gar nur 16 Proz. revidiert werden konnten. Der Grundsatz, daß jede revisionspflichtige Anlage wenigstens einmal im Jahre wirklich revidiert werden soll, ermangelt demgemäß noch durchaus der Durchführung. Es ist ferner klar, daß unter der großen Anzahl der zu revidierenden Anlagen die Gründlichkeit der einzelnen Revision zweifellos leiden muß. Es muß daher gefordert werden, daß die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten angesichts der außerordentlichen Wichtigkeit ihrer Aufgaben so bald als möglich auf eine Höhe gebracht wird, die eine sachgemäße Erfüllung derselben ermöglicht.

Weiter: Unter den Aufsichtsbeamten befinden sich nur vier weibliche, drei für Berlin, eine für M.-Glabach. Das ist viel zu wenig. Die günstigen Erfahrungen, die man in anderen Ländern und auch in anderen deutschen Bundesstaaten (Waden) mit Inspektorinnen gemacht hat, berechtigen zu der Forderung, mehr dieser Damen anzustellen. Dazu kommt, daß Arbeiterinnen in größerer Zahl keineswegs nur in Berlin und M.-Glabach beschäftigt werden. Breslau hat allein 44 000, Frankfurt über 30 000. Für jeden derartigen Bezirk, in dem Frauarbeit in größerem Umfang vorhanden ist, ist mindestens eine Inspektorin am Platze.

Der amtliche Bericht zeigt ferner, daß die Ärzte in ganz ungenügender Weise zur Gewerbeaufsicht herangezogen werden. Es gibt außerordentlich viele Mißstände auf dem Gebiete des Gesundheitswesens, welche der medizinische Laie einwandfrei festzustellen gar nicht in der Lage ist. Es wird denn auch in dem Bericht eine lange Reihe von Fällen aufgezählt, in denen der revidierende Beamte die Hilfe der Kreisärzte in Anspruch nahm oder für sehr erwünscht bezeichnete. Dem Kreisarzt mit seinem jetzigen Tätigkeitsgebiet ist die Beteiligung an der Gewerbeaufsicht in ausserordentlichem Maße unmöglich. Daher ist die Anstellung von Ärzten als Aufsichtsbeamte, und zwar für jeden Bezirk einer, unbedingt erforderlich.

Bemerkenswert an den Ergebnissen des Berichts ist ferner die Tatsache, daß die einzelnen Arbeitnehmer sich sehr viel seltener persönlich an die Aufsichtsbeamten wenden als die Arbeitgeber, mit Ausnahme des Regierungsbezirks Oppereln, wo seit Jahren das umgekehrte stattfindet. Ganz besonders auffällig ist dieser Unterschied in den nordöstlichen und östlichen Bezirken. Als Grund dafür wird angegeben, daß in jenen Gegenden sehr viele russische, galizische, polnische usw. Arbeiter beschäftigt werden, die der deutschen Sprache wenig oder gar nicht mächtig und über die Rechte der Arbeiter usw. völlig im Unklaren sind, das gilt aber auch für viele Arbeiter deutscher Nationalität. Solange eine derartige Unklarheit tatsächlich besteht, ist, besonders da der Aufsichtsbeamte bei dem großen Umfange seines Tätigkeitsgebietes unmöglich alles selbst kennen lernen kann, die Wirkung der Aufsicht zum großen Teil illusorisch. Es muß daher weiter gefordert werden, daß den Arbeitern in Kurzen, Vorträgen usw. die notwendige Belehrung zuteil wird. Bei nichtdeutscher Arbeiterbevölkerung wird diese Auffklärung in ihrer Muttersprache zu geschehen haben.

Alle diese Mißstände können jedoch nur gehoben werden, wenn die Regierung das Aufsichtspersonal ganz bedeutend vermehrt und in geeigneter Weise zusammenseht.

**Arbeiterversicherung in Amerika.** Der Gedanke einer staatlichen Arbeiterversicherung beginnt auch in Amerika Wurzel zu fassen. Bisher waren die amerikanischen Arbeiter im Falle der Erkrankung oder des Unfalles fast gänzlich ungeschützt. Nur in einigen Staaten sicherten ihnen Haftpflichtgesetze in gewissen Fällen Ansprüche an ihre Arbeitgeber. Die große Zahl der amerikanischen Bundesstaaten, die weitgehende Verschiedenheit der wirtschaftlichen Verhältnisse in ihnen, die eigenartige Stellung der einzelnen Staaten in der Union im ganzen erschweren eine einheitliche Regelung der Versicherungsfrage außerordentlich, und so ist es denn auch jetzt nur eine Reihe von Einzelstaaten, in denen bestimmte Projekte aufgetaucht sind. Im Staate Illinois hat sich eine im Jahre 1906 eingesetzte Kommission für Einführung einer Arbeiterversicherung mit staatlich festgesetzten Beiträgen der Unternehmer ausgesprochen. Es sollen gewährt werden freie ärztliche Behandlung und Medizin sowie Krankengeld in Krankheitsfällen, Entschädigungen für Unfälle bis  $\frac{1}{2}$  des Tagesverdienstes bei völliger Erwerbsunfähigkeit, Witwen- und Waisengeld in Höhe von 20 Proz. des Tagesverdienstes. In Florida ist ein Gesetzentwurf auf Einführung einer staatlichen Arbeiter-Lebensversicherung, der 1905 scheiterte, wieder eingebracht worden. In Massachusetts ist eine Kommission zwecks Untersuchungen über eine Altersversicherung eingesetzt worden. Für eine Arbeiter-Lebensversicherung hat sich auch die Regierung in Mississippi ausgesprochen.

**Berlin.**

**Bekanntmachung.** Den in Charlottenburg wohnenden Mitgliedern zur Nachricht, daß die Zahlstelle sich nicht mehr bei Kurisch, Pestalozzistraße, befindet, sondern im Volkshaus, Rosinenstraße 3 (Vorderlokal).

Geöffnet jeden Sonntag von 8—10 Uhr. Der Bezirkskassierer Ernst Bartels, Charlottenburg, Sophie Charlottenstraße 92a, 3 Treppen, nimmt ebenfalls abends Beiträge entgegen.  
Die Ortsverwaltung.

Adressenänderungen.

Gaubevollmächtigte.

Gau 10. Vertrauensmann für Wesel: M. Wefenberg, Brandstr. 811.

Derftliche Bevollmächtigte.

Mannheim: W. Schultheis, Ludwigshafen a. Rh., Westliche Hafenstr. 123, I.

Sagen i. W.: A. Lindemann, Fleierstr. 16 III bei Lorenz.

Unterstützungs-Auszahler.

Breslau. R. Meincert, Moritzstr. 22 IV, von 1 1/2-2 1/2 und von 7-8 Uhr.

Dessau: L. Voigt, Leipzigerstr. 12 bei Kirfenbach, von 1-1/2 Uhr.

Jena: G. Schulze, Lutherstr. 47, III.

Würzburg. H. „Zur blauen Glode“ (Bier- röhrenbrunnen).

Briefkasten.

A. S. in Gf. Adressenänderung bereits in Nr. 22 veröffentlicht.

F. S. in M. McKamieren Sie zunächst beim dortigen Postamt, sobald wiederum solche Fälle eintreten. Das Paket ist doch wohl noch nachträglich eingetroffen?

Zurückgestellt: Genossenschaften und Gewerkschaften.

Literarisches.

„Die Pilger der Wildnis“, ein kulturhistorischer Roman von Johannes Scherr, wird in dem soeben begonnenen neuen Bande der illustrierten Wochen- schrift „In Freien Stunden“ abgedruckt. Der Roman schildert in packender, fesselnder Weise die Flucht zweier Revolutionäre nach Amerika, die bestimmt waren, das Todesurteil an der Königin von England zu vollstrecken. Ihr Plan wurde bereitet. Die Verfolgungen und Gefahren, denen die Flüchtlinge ausgesetzt waren, die Kämpfe mit den Indianern, aber auch Schilderungen der Natur und der historischen Ereignisse, machen den Roman zu einem ebenso unterhaltenden wie belehrenden. Ferner enthalten die Hefte eine Erzählung der schwedischen Schriftstellerin Lagerlöf: „Eine Herren- hoffage“ und im Feuilleton bringt jedes Heft einen allgemein wissenschaftlichen, belehrenden oder unterhaltenden Artikel und diverse kleine Notizen, Witze und Scherz. — „In Freien Stunden“ erscheinen in 24 Seiten starken Heften wöchentlich zum Preise von 10 Pf. — 12 Heller — 15 Centimes. Bestellungen nimmt jede Partebuchhandlung, jeder Kolporteur und jedes Postamt entgegen.

Von Ed. Bernsteins „Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung“, die im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erscheint, ist soeben die 8. Lieferung zur Ausgabe gelangt. Der bis jetzt veröffentlichte 1. Band behandelt die Zeit von der 48er Revolution bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes, also einen der interessantesten und lehrreichsten Abschnitte der Ar-

beiterbewegung. Der erste Band erscheint in 17 Lieferungen à 30 Pf. und können dieselben durch jede Buchhandlung und jeden Kolporteur bezogen werden.

Ueber das Versorgungsstatut für die Lohn- arbeiter der Stadtgemeinde Ludwigshafen a. Rhein, das manchen sozialpolitischen Fortschritt bringt, berichtet Wilhelm Herzberg in Nr. 31 der „Kom- munalen Praxis“. Wie alle sozialpolitischen Maß- nahmen der Stadt Ludwigshafen, so ist auch dieses Versorgungsstatut der Initiative der sozialdemo- kratischen Vertreter im Stadtrate entsprungen, die damit bewiesen haben, daß die Arbeiterinteressen auch in Kommunalparlamenten am besten bei der Sozialdemokratie aufgehoben sind. Ein höchst inter- essanter Artikel in der vorliegenden Nummer handelt von den Schwierigkeiten, mit denen ein leiblich fortschrittlich gesinnter Bürgermeister, nämlich Herr Ruder in Fürth, bei einer rückständigen Ge- meindeverwaltung zu kämpfen hat. Man muß ein- mal bedenken, was es für einen schaffensfrohen, energischen Mann an der Spitze eines Gemeindefe- derations bedeutet, wenn aus den Reihen des satten Bürgertums in öffentlichen Auftritten aufgetrieben wird, seine Bestrebung „nicht etwa noch durch private Gaben zu unterstützen!“ Im Kampfe gegen den bornierten Spießergesicht, der sich in solchen Auf- rufen gegen jeden Fortschritt Luft macht, leistet die im 7. Jahrgang erscheinende „Kommunale Praxis“ die wertvollsten Dienste.

Probenummern der „Kommunalen Praxis“ sind jederzeit durch den Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, zu beziehen.

ANZEIGEN

Zahlstelle Essen.

Sonntag, den 18. August, nachmittags:

Besichtigung

der Gold-, Politureisen- und Rahmen- fabrik von Hermann Kerper & Cie. in Werden-Ruhr. Nach der Besichtigung

Abendunterhaltung

unter Mitwirkung der Essener u. Werdener Arbeiter-Turnvereine.

Zahlstelle Krefeld.

Unserm Kollegen Carl Meiswinkel nebst seiner lieben Braut zur Vermählung die besten Glückwünsche!

Die Ortsverwaltung.

Unseren lieben Kollegen Philipp Baumann und Fritz Jahadaes zu ihrer Abreise von hier ein

herzliches Lebwohl!

Klub. P. S., Köln a. Rh.

Junger, tüchtig. Buchbinder für Ge- schäftsbücher und Kundenarbeit gesucht. Offerten unter S. J. 136 an die Ann.- Exp. J. Ralomes & Co., Frankfurt a. M.

Meister — Celluloidwaren.

Fabrik sucht

tüchtigen Meister,

der Erfahrung im Kleben, Prägen, Pressen und Golddrucken besitzt, sowie befähigt ist, ein zahlreiches Personal zu be- aufichtigen.

Offerten mit Lebenslauf und Ge- haltsansprüchen unter Beifügung einer Photographie an Rudolf Mosse, Köln, unter K. J. 6675 erbeten.

Restaurant „Gute Quelle“, L.-Reudnitz Täubchenweg 57 Sonntag, den 11. August:

Großer Carambolagematch

um die Meisterschaft vom Täubchenweg. Während desselben: Familien-Cabaret, ausgef. von herbvorr. Leipz. Humorist. Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.

Es ladet ergebenst ein E. Weismann.

Buchbinder-Männerchor Berlin

Gegründet 1889 Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes Gegründet 1889

Sonnabend, den 24. August 1907

Großes

Sommernachts-Vergnügen

in Max Kliems Sommertheater und Festsäle, Hafensheide 13-15.

Konzert, Gesang, Tanz, Theater

:: und Spezialitäten-Vorstellung ::

Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr

Von 8 Uhr ab: Tanz. Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach

Kinder erhalten am Eingang Bons für ein kleines Präsent

Eintrittskarten à 20 Pf. sind in allen Zahlstellen, im Bureau, Engel- Ufer 16, im Vereinslokal des Gesangsvereins, Melchiorstr. 15 und an der Kasse zu haben.

Der Vorstand.

NB. Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß wir auf vielseitigen Wunsch in den Herbst- und Wintermonaten unsere sehr beliebten „Gemüthlichen Abende“ wieder veranstalten, wobei jedem Kollegen und jeder Kollegin nebst Familienangehörigen Gelegenheit geboten wird, sich für wenig Geld einige recht vergnügliche Stunden zu bereiten. Der erste „Gemüthliche Abend“ findet am 20. Oktober in Rabes Festsälen, Zitzestraße 29, statt.

Berlin.

Sonntag, den 13. September 1907, nachmittags 4 Uhr:

Urania-Vorstellung

in der „Urania“, Taubenstraße 48/49.

Vortrag:

Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat.

Billetts à 70 Pf. inkl. Garderobe sind bei den Werkstätten- Vertrauenspersonen, in den Zahlstellen und im Bureau, Engel- Ufer 16 II, Zimmer 21, zu haben.

Billetts, welche nicht verkauft werden, müssen spätestens am Mittwoch, den 11. September 1907, zurückgegeben werden, andernfalls gelten dieselben als verkauft und müssen demzufolge bezahlt werden.

Die Ortsverwaltung.

Der neue Lohn tarif für Buchbinder - Arbeiten,

ausgearbeitet und herausgegeben von der gemeinsamen Tarif-Kommission des Ver- bandes Deutscher Buchbindereibesitzer und des Deutschen Buchbinder-Verbandes ist erschienen. Zu beziehen durch die Expe- dition der Buchbinder-Zeitung. Preis pro Exemplar für Mitglieder 0,85 Mk. inkl. Porto, für Nichtmitglieder 3.— Mk.

Der Separat-Auszug für Mädchen-Arbeiten,

mit Genehmigung des Verbandes Deutscher Buchbindereibesitzer, herausge- geben von der Tarifkommission d. Gehilfen, ist ebenfalls durch die Expedition der Buch- binder-Zeitung zu beziehen. Preis p. Expl. 25 Pf. inkl. Porto, für Nichtmitgl. 50 Pf.

Der Berliner Sondertarif

ist zum Preise von 30 Pf. pro Exemplar inkl. Tabelle auf dem Bureau der Zahlstelle Berlin, Engel-Ufer 16, Zimmer 21, zu haben. Preis für Nichtmitglieder 1 Mk.

Kosten- freier

Arbeitsnachweis für Buchbinder

O. Th. Winckler Leipzig

Seeburgstrasse 47

Papier- und Lederwaren Buchbindereibedarf

Einrichtungen

für Laden und Werkstatt zu günstigen Bedingungen